

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanigh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigesetzte Zeitzone über deren Raum 80.-

Inhalt: Aus Feindesland. — Das Wesen des amerikanischen Trades Unionismus. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Neuzeit. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Centralratentasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeitsbeschaffung, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Aus Feindesland.

Am 21. Oktober hielt der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Nach einem Bericht, den wir in Unternehmerblättern finden, hatten sich rund 200 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands eingefunden; aber auch das Ausland war vertreten. Die Bauarbeiterverbände der Schweiz hatten einen Abgeordneten und die Ungarische einen solchen und ihren Generalsekretär zur Teilnahme an den Verhandlungen enthaftet. Gegenstand der Beratungen und lebhafte selbst, sowie die gefassten Beschlüsse entziehen sich vorläufig noch der Offentlichkeit. Die Verhandlungen wurden von vornherein als streng vertraulich bezeichnet; es wurden in den Saal nur solche Vertreter zugelassen, die mit Legitimationssachen versehen waren. Vertreter der Presse waren gänzlich ausgeschlossen. Einzelheiten soll von dieser Versammlung laut einstimmig gefassten Beschlusses, nur soviel der Offentlichkeit bekannt gegeben werden, daß die „Vertreter des gesamten deutschen Baugewerbes“ einmütig der Ansicht waren, daß der zehnstündige Arbeitstag der gegebene Normalarbeitstag des Baugewerbes sei, und daß einer Verkürzung unter zehn Stunden, soweit eine solche nicht schon bis jetzt unter dem Drucke der Verhältnisse bewilligt worden sei, mit aller Energie entgegengearbeitet werden müsse, und daß weiter der 1. Mai als Feiertag keinesfalls freigegeben werden dürfe. Auch sprach man sich von allen Seiten dahin aus, daß eine allgemeine Lohn erhöhung für das kommende Jahr durchaus nicht angezeigt sei, weil die Konjunktur im allgemeinen und im Baugewerbe im besonderen ungünstig und eine rege Bautätigkeit nirgend zu erwarten sei. Die Verhandlungen gaben — das glauben die Unternehmerblätter mit größter Beifriedigung feststellen zu können — ein erhebendes Bild von größter Einmütigkeit in allen grundzähligsten Fragen unter sämtlichen Baugewerbetreibenden Deutschlands aus Süd und Nord, aus Ost und West und legten Zeugnis ab von dem rapiden Wachstum der Bauarbeitergebräuchorganisation innerhalb des letzten verflossenen Jahres.“

So eindrücklich der Bericht ist, so bedeutsam ist er; nämlich bedeutsam für die Stellungnahme der Unternehmer zu den Lohnbewegungen des nächsten Jahres. Die Unternehmer stellen sich heute auf den Standpunkt, daß Lohn erhöhung im nächsten Jahre „nicht angezeigt“ seien, weil sie heute schon wissen, daß eine „rege Bautätigkeit nirgend“ (1) zu erwarten sei.“ In Wirklichkeit wissen sie das natürlich ebenso wenig, wie wir es wissen. Glücklicherweise sind jene Zeiten vorüber, wo das Diktum der Unternehmer Lohn und Arbeitszeit festsetzte. Die Herren werden schon auch der großen Masse der baugewerblichen Arbeiter gestalten müssen, ein Wort mitzureden, wenn es sich um Dinge handelt, die die Arbeiter zunächst angehen.

Über glauben jene Herren etwa, daß sich die Bauarbeiterchaft das Recht, an der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in bestimmter Weise mitzuwirken, von einem Haufen Unternehmersekretäre wird aus der Hand winden lassen? Ein Recht, das sie sich tausend- und abertausendmal schwer erkämpft hat!

In dieser Meinungsäußerung der „Bündischen“ wird ohne Zweifel überzeugend, daß sie jetzt plötzlich die zehnstündige Arbeitszeit als den „gegebenen Normalarbeitstag“ ansehen. Wäre es den Leuten wirklich ernst damit, dann müßten sie schlemigst an die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Denn im Jahre 1905 arbeiteten noch 59630 Maurer länger als zehn Stunden täglich. Nechne man dazu die in diesen rückständigen Orten arbeitenden Bauhüttsarbeiter und sonstigen Arbeiter des Baugewerbes, so kann man ohne Übertriebung sagen, daß in jenem Jahre für wenigstens 100000 baugewerbliche Arbeiter der „gegebene Normalarbeitstag“ vor zehn Stunden noch nicht bestand. Und wenn ihre Zahl auch in den letzten beiden Jahren merkbar zurückgegangen sein wird, so wird sie trotzdem noch groß genug sein. Wenn die Unternehmer also wirklich der ehrlichen Überzeugung sind, daß eine längere als zehnstündige Arbeitszeit abnormal ist, nun woslan! dann mögen sie ihren Einfluß dafür aufzuzeigen, daß dieser abnorme Zustand verschwindet; dann mögen sie mit uns vereint dahin wirken, daß im nächsten Jahre überall dort, wo noch länger als zehn Stunden gearbeitet wird, die Arbeitszeit auf zehn Stunden verkürzt wird. Das gäbe dann einmal ein schönes Beispiel harmonischen Zusammenspielns zwischen Unternehmerorganisation und Gewerkschaft.

Wir allerdings sind keineswegs der Auffassung, daß der „gegebene Normalarbeitstag“ im Baugewerbe zehn Stunden betragen muß; wir sind vielmehr aus vielen und triftigen Gründen der Meinung, daß die normale Grenze der Arbeitszeit noch ein tüchtiges Stück unter zehn Stunden liegt. Und diese Meinung werden wir nach wie vor mit allem Nachdruck vertreten. Daran kann auch diese Generalversammlung der Unternehmer nichts ändern. Sie haben wir außer acht gelassen, daß wir bei diesem Streben stets den Widerstand der Unternehmer zu überwinden haben, und darum kann uns auch diese Generalversammlung nichts wesentlich Neues sagen; sie kann uns nur erkennen lassen, wie groß der Widerstand der Unternehmer ist, den sie unseren Bestrebungen entgegensezten werden. Und darin wissen wir nun genau: der Widerstand wird ziemlich stark werden.

Für die Kollegen in den für die Lohnbewegungen des nächsten Jahres in Betracht kommenden Gebieten mag dies eine bedeutsame Mahnung sein, die Agitation so rechtzeitig und so energisch zu betreiben, daß nichts mehr zu tun übrig bleibt.

Das Wesen des amerikanischen Trades Unionismus.

III.

Der Vorstand der „B. & M. J. U.“ besteht aus einem ersten Präsidenten, vier Vizepräsidenten, einem Sekretär und einem Zahlmeister (Treasurer), ferner einem Ausschuss (Executive-Board) und der Beschwerdekommission (Judical-Board).

Die Wahlen vollzieht der Verbandstag (Convention). Befolgt wird der erste Vorsitzende und der Sekretär mit je 2000 Dollars und der zweite Vorsitzende und der Zahlmeister je 1600 Dollars jährlich. Als Verbandsorgan erscheint monatlich in englischer Sprache „The Bricklayer and Mason“ im Format einer großen Zeitschrift. Sie enthält einen technischen Teil, wo von einem Architekten an den Hand von Zeichnungen Baukonstruktionen erläutert werden, Berichte und im Anhang Auszüge aus dem Inhalt in französischer, italienischer und deutscher Sprache; daneben in jeder Nummer eine Reihe von Konferenzen von hervorragenden „Union-Leadern“ und andere Abbildungen. Obgleich Fragen der Politik und Religion durch das Statut aus der Union verbannt sind, verschlägt es doch nichts, daß hin und wieder auch ein Geistlicher seinen biblischen Gallimathias im Verbandsorgan abliest. Uns weiter darüber, wie über die dem Vorstande zufallende Rechte, Pflichten und Machtbefugnisse — die nicht gering sind — auszulassen, hieße sich ja sehr ins einzelne verlieren; von den 76 Druckschriften des Verbandsstatuts handeln allein 8 Seiten von den Aufgaben und Rechten des Vorstandes. Das Recht der Bewilligung von Streik-

unterstützung steht ausschließlich dem Vorstand bzw. Executive-Board zu, nachdem er sich an Ort und Stelle von der Sachlage überzeugt hat. Die Streikunterstützung wird von der Generaltafel durch ein dagegen beauftragtes Vorstandsmitglied ausgezahlt und beträgt statutarisch für Ledige 5 Dollars und für Verheiratete 10 Dollars die Woche. Für die erste Streikwoche wird keine Unterstützung bezahlt. Ferner steht dem Vorstand das Recht zu, Strafen zu verhängen über Local-Unions, die gegen die Bestimmungen des Statuts gefündigt haben, wie der Local-Union, das Recht eingeräumt ist, Verfehlungen ihrer Mitglieder mit Geldstrafen zu ahnen. Im Statut wimmelt es nur so von Strafverfügungen, und in der Praxis wird auch im weitesten Maße Gebrauch davon gemacht. Da gibt es Geldstrafen von 50 Cents bis zu 1000 Dollars.

Um nur einige zu nennen: Einfacher Streitbruch wird mit 5 bis 25 Dollars bestraft. Wer mit der böswilligen Absicht nach einem Streitort geht, den Erfolg des Streits illyrisch zu machen, 25 bis 100 Dollars. Wer Streitbrecher beschäftigt oder sonst in irgend einer Weise in Schutz nimmt; 10- bis 1000 Dollars. Wer Bauarbeitern das Maurerhandwerk lehrt; 100- bis 500 Dollars. Diese hohen Strafen richten sich hauptsächlich gegen kleine Unternehmer, die Mitglieder der Union sind. Auch die Entstaltung eines Lehrlings hängt von der Bewilligung des Union ab, wie sie überhaupt die Zahl der Lehrlinge bestimmt. (Sein einziger Unternehmer darf mehr als zwei Lehrlinge auf einmal beschäftigen.) Um diese Genehmigung muß in aller Form nachgesucht werden; in der Regel werden die Söhne von Mitgliedern bevorzugt. Die Union wacht dann sowohl darüber, daß der Lehrling ordnungsgemäß seine drei oder vier Jahre lernt, seine Pflichten erfüllt wie auch darüber, daß der Lehrmeister den Dienstes des Lehrlingvertrages nachkommt.

Werfen wir nur einen Blick in die Versammlungen der Local-Unions. Dem amerikanischen Brauche gemäß, werden die Lotale zu Versammlungszwecken gemietet; außer Eisbässer, wogegen ein der allgemeinen Benutzung zugänglicher, geschlossener Behälter vorhanden ist, werden keine Getränke konsumiert. Auf einer Seite des Saales steht auf erhöhtem Podium der Tisch und Stuhl für den Präsidenten, am entgegengesetzten Ende der Stuhl für den Vizepräsidenten. Vor dem Präsidenten liegt auf dem Tisch ein aus Stein gehauener „Backstein“, dabei ein hölzner Hammer. Ein Hammerschlag des Präsidenten. Die Mitglieder entblößen das Haupt und nehmen die Plätze ein. Während die Beifte herumgehen und den Mitgliedern das Stichwort abfragen, haben wir Gelegenheit, die auf dem Fußboden in gewissen Abständen dastehenden Spucktüpfle zu zählen: Es sind ihrer 25 Mittlerweile sind die Beifte mit ihrer Arbeit zu Ende. Kein Unternehmer ist im Lotale, alles ist „alright“, die Verhandlungen beginnen. Das ganze Jahr hindurch ein und dieselbe Tagessordnung — fünfzehn Punkte. Die Verhandlungen würden dankbare Stoff für einen Feuilletonisten bieten. Wir wollen uns hier auf das Charakteristischste beschränken. Ein „Pass-Word“ besteht für die Internationale Union und dann hat außerdem noch jede Local-Union ihr eigenes Stichwort, das von Viertelsjahr zu Viertelsjahr durch ein anderes ersetzt wird. Nur wer das Stichwort kennt, hat Zutritt zu den Versammlungen, außerdem er kann sich auf andere Weise genügend legitimieren. Die Uhr ist nach Beginn der Versammlung geschlossen. Dahinter sitzt der Uhrhüter, der niemanden ohne genügenden Ausweis hereinläßt. In den Unions, wo es einige Sozialisten unter den Mitgliedern gibt, hat deren Einfluss die Einrichtung des „Pass-Words“ durch die Kartentrolle erzeugt. Zum lächerlichen Anfang führt die Beibehaltung des Stichworts aber in den Unions herab, wo infolge der geringen Mitgliedszahl einen den anderen kennt. Will jemand vor Schlus der Versammlung weggehen, so hat er die Erlaubnis des Präsidenten einzuholen. In Städten kann genommen werden, wer nach eröffneter Versammlung den Hut aufzuhängt oder ihn bevor die Versammlung geschlossen ist, wieder aufsetzt. Wer den Anordnungen des Präsidenten nicht folge leistet, sich der wiederholten Aufforderung nicht weiter zu reden, nicht fliegt, verfällt in Strafe. Und zwar hat der Präsident das Recht, Strafen bis zur Höhe von 5 Dollars zu verhängen, wie denn überhaupt die Präsidentenwahl fast überbietet ist.

Der gesamte Vorstand erhält für jeden Versammlungsbesuch ein Forum je nach der Größe der Organisation. So finden wir Entschuldigungen in einer Union mit durchschnittlich 250 Mitgliedern für den Präsidenten für jede Sitzung mit 1 Dollar, für den Sekretär und den Zahlmeister mit je 1 Dollar, 50 Cents, für den Kassierer mit 2 Dollars und für fünf übrige Vorstandsmitglieder mit je 50 Cents. Zur Kontrolle der Mitglieder auf den Bauten, Vermittlung von Arbeit, Schlichtung von Differenzen ist dann außerdem noch in den großen Städten auch mehrere sogenannte „Business-agents“ angestellt, der den vollen Wochenlohn eines Maurers bezahlt. Mit dem Gelde wird durchaus nicht gehaust. Für die Delegationen zum Verbandsstage werden ganz reizvolle Summen ausgeworfen, und an Kandidaten fehlt es deshalb

auch nie. Die Bewerber für einen Vorstandsposten sowohl, wie die zum Verbandsstag vorgeschlagenen Delegierten, machen dort oft in einer Form für ihre Wahl verfälschte Propaganda, die den beschuldigten Deutschen ausdrücklich und widerlich zugleich anmietet. Da läuft man Namenskarten drucken und durch gute Freunde verbreiten, vor und noch während des Wahlates.

Die Wahlen erfolgen in geheimer Abstimmung in folgender Weise: Alle Kandidaten kommen auf eine Liste. Wenn man seine Stimme zu geben gedenkt, hinter dessen Namen macht man ein Kreuz. Nach jedem Wahlgang werden die Stimmen gezählt und der Kandidat, der die meisten Stimmen erhalten hat, ist herausgemacht und wird von der Liste getilgt. Dieses Verfahren — ein zeitraubender Akt — wird so lange fortgesetzt, bis zuletzt die gewünschte Zahl von Bewerbern übrig bleibt, von denen dann der mit der höchsten Stimmenzahl gewählt ist. Die Gewählten werden dann einige Wochen später unter Ablegung eines Eides in ihr neues Amt eingeführt.

Alle Klagen gegen Mitglieder, die sich irgendwie gegen die Sitzungen der Union vergangen haben, müssen der Versammlung schriftlich eingerichtet werden. Die Anklage und Verurteilung vollzieht sich ganz in richterlichen Formen. Der Angeklagte hat das Recht, sich einen der Kollegen als Verteidiger zu wählen; die Zeugen werden immer nur einzeln hereingeführt; während der Urteilsverhandlung wird der „Angeklagte“ entfernt und was dergleichen Unzulänglichkeiten noch mehr sind. Das Strafstatut öffnet natürlich der Demunizierung Türe und Tor, und vor allem dort, wo irische und deutsche Gegenseite aneinander stoßen. Zwischen den Deutschen, bzw. Deutsch-Amerikanern und Irlandern, die man schlechthin als „Russen“ bezeichnet, herrscht kein besonders gutes Einvernehmen. Mehr oder minder macht sich dies auch auf der Arbeitsstelle bemerkbar. Kann man sich gegenseitig eins auswischen, so tut man es. Und dazu bietet auch wieder das Verbandsstatut eine Handhabe. So schreibt daselbe vor, dass die Schnur immer nur eine Schicht hochgesteckt werden soll und dass in Strafe 5 Dollars, wer einen Stein ansetzt, bevor die Schnur hochgesteckt ist. Eine Anzeige wegen eines Verstoßes gegen diese Vorschrift beim „Steward“ des Baues führt oft zur Bestrafung. Man sieht sich also nach Möglichkeit vor.

Nun steht man meinetheil, dass man bei Schaffung dieser Bestimmung den guten Zweck im Auge gehabt habe, das wilde und halbtägliche Arbeiten etwas einzurichten. Und in der Tat mag das auch die Absicht gewesen sein. Aber das hat nicht verhindert, dass die Arbeitsmethode in der Intensität Formen angenommen hat, die kaum noch gesteigert werden können. Jeder ist eifrig bemüht, dem anderen zu überwölten, das größtmögliche Arbeitsquantum zu liefern, am schnellsten die Arbeit zu beenden. Der Polier verleiht es, geschickt und mit Einsicht, die Arbeit so zu verteilen, dass zwei oder mehr Mann immer möglichst das gleiche Stück Arbeit zugeteilt erhalten. Und so ist es denn keine Seltsamheit, dass bei gewöhnlichen Mauerwerken in acht Stunden der einzelne 3000 und mehr Backsteine verarbeitet. Allerdings ist das auch mit zurückzuführen auf die von den deutschen abweichende Arbeitsweise, den Art des Mauerwerkes und dergleichen. Man kennt in Amerika nur halben Verband (Schornsteinverband). Erst alle fünf, sechs, auch sieben Schichten folgt eine Kopfschicht (Hinter). Auf den vier Zoll, vier Zoll das gegen Kopfschicht und wieder sechs Schichten Läufer, so dass erst alle sechs Schichten die Mauer einmal durchweg verbunden ist. An seinen Nohbauten (die meisten Bauten haben Backsteinfassaden) in hellem Verband ausgeführt) fällt dann die Kopfschicht ganz fort und das äußere vier Zoll starke Mauerwerk wird mit der Innenvand alle fünf bis acht Schichten durch eingelagerte Blechstreifen oder bieglame Drahtverbundene Stahl- oder Lagerfugen werden sofort mit der Mauerwerk glattgestrichen. Fugen und Abwoschen ist keine Mode.

Eine Solidarität in unserem Sinn kennt man bei der Arbeit nicht. Jeder ist sich selbst der Nächste! Wer nach Ansicht des Poliers nicht leistungsfähig genug ist, wird ohne viel Federlesens entlassen, ohne dass jemand Einspruch dagegen erhobt! Ja, die andern freuen sich womöglich noch darüber, dass sie nun wieder einen Konkurrenten los sind! Ebenso wenig erhebt jemand Einspruch dagegen, wenn die Abdichtungen auf dem Bau so mangelhaft sind, dass vom fünften Stock bis in den Keller die Balkenlager oft nicht in einer einzigen Lage abgedichtet sind. Baubuden, in ganz mangelhaften Zuständen, findet man höchstens in größeren Städten. Die Aborte sind recht primitivartig und genügen nicht der geringsten hygienischen Anforderung. Auch erlaubt die intensive Arbeitsweise, wie jede Minute ausgenutzt wird, so wie so nicht so oft deren Benutzung.

In fast allen grösseren Städten beträgt die Arbeitszeit acht Stunden; in kleineren Orten neun, selten noch zehn Stunden. Schon einige Minuten vor Beginn der Arbeit steht jeder bereit an seinem Platz, um sich, sobald der Polier das Zeichen gibt, mit einer wahren Verferntur auf seine Arbeit zu stürzen. Vier Stunden geht es dann ohne Unterbrechung in dieses Tempo weiter. Von 12 bis 1 Uhr Mittagspause, fünf Minuten vor 1 Uhr jeder an seinem Platz, um sich nach gegebenem Zeichen nochmals vier Stunden mit vollem Eifer der Arbeit hinzugeben. Das Arbeitsquantum, das in dieser Zeit geleistet wird, ist einfach ein erstaunliches. An einem großen Gebäude, wo einige Millionen Backsteine im gewöhnlichen Mauerwerk Verwendung fanden, betrug nach dem eigenen Geständnis des Geschäftsführers die tägliche Durchschnittsleistung eines Maurers 2000 Backsteine! — Man sieht also, dass auch der amerikanische Unternehmer trotz der hohen Löhne und der kurzen Arbeitszeit noch sehr gut auf seine Kosten kommt. Vielleicht erklärt sich aber auch gerade daraus die Ursache, warum die von der „Bricklayers Union“ ausgezogene Streber- und Stratenunterstützung die für Streiks zwecke ausgeworfene Summe um den sechzigfachen Betrag überstieg! „Diese beiden Tatsachen allein“, schreibt „The Bricklayer and Mason“, geben und das Bleibt, auf unsere Organisation stösst zu fein!“

Wir können uns schwerlich zu einer Bewunderung dieser Tatsachen aufschwingen! Gewiss, die Organisation der amerikanischen Maurer ist ein wirtschaftlicher Machtfaktor, der aber lediglich einem energischeren und tiefgründigeren materiellen Berufsinteresse seiner Mitglieder dient. Will man den folgenden Programmatischen: „Wir erkennen kein Recht an, das Rechtum über persönliche Werte und Eigenschaften des Menschen ern-

hebt“, in die praktische Tat umsetzen, so muss die Organisation auf eine breite Basis gestellt werden müssen Prinzipien und Taktik modernisiert werden. Indessen damit hat es noch gute Weile, wenn die Organisation nicht durch die ökonomische Entwicklung auf diesen Weg gedrängt wird. Was darüber noch zu sagen wäre, geht über den Rahmen dieser Artikel hinaus. Uns war es nur darum zu tun, den Leser in grossen Umrissen ein stützendes Bild der amerikanischen Maurerbewegung zu geben, was dem einen oder anderen „europäischen“ Kollegen schließlich von Vorteil sein könnte.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kritische Zwischenfälle in Holland, Italien, Amerika, Hamburg.

— Die internationale Krise des Automobilindustrie.

Es trittet unaufhörlich im kapitalistischen Geballt und Gemäuer, und selbst grössere Bautenmauerbrüche sind keine Seltenheit mehr.

Die internationalen Börsen vollziehen eine nach der anderen eine „Korrektur“ an ihren Prospektstufen, und immer wieder nimmt diese Verbilligung den Charakter einer förmlichen Liquidation für ganze große Anlagegebiete an. In den letzten Wochen kam die Reise zunächst an Holland, diejenigen Großfinanziers, stets an den Spekulationen, Anleihen, und Gründungen in allen Ländern und Erdteilen rege beteiligt war. Dann suchte die Reise den italienischen Börsenmarkt heim, dem im Jahre 1905 nicht weniger als 400 Millionen lire neue Aktienwerte zugelassen waren, so dass der Nennwert aller dortigen Börsenwerte damals 2338 Millionen lire betrug — während sich schon im Jahre 1906 ein Kursverlust von 100 Millionen lire und nunmehr, bis Ende September, im Jahre 1907 eine Minderung des Kurzwertes der italienischen Effekten um 220 Millionen lire herausstellte. Jeder umfassendere Gegenstand stand die Knappheit und Teuerung des Geldes im Wege, so dass die Aktionen von Banken, Privatbanken, Eisenbahnen, Elektrizitätsgesellschaften, noch mehr von Automobilfabriken ziemlich ausnahmslos einem fast heimgestigenden, Niedergang verfielen.

Von den Vereinigten Staaten ist die Gewitterwolke eigentlich seit Monaten nicht mehr ganz gewichen. Mitte Oktober jedoch sah es wieder einmal bedrohlicher als je aus. Die heftigen Rückgänge und Schwankungen der Kupferpreise zwangen die New-Yorker Großfirmen Otto Heintz & Co., ihre Zahlungsunfähigkeit zu erklären. In einer Woche hatte man die bis auf 25 gesunkenen United Copper Aktien nochmals bis auf 60 Centkampf emporgereiht, bis ein allgemeiner Verkaufsaufstand den Kurs fast im Handumdrehen bis auf 10 zurückwarf; die herrschende Kreditkrise machte auch hier jeden normalen Leitungsbogen ausichtslos. Zu dem Heinzering gehörten jedoch einflussreiche Firmen, die nunmehr gleichfalls zusammenbrachen: so die New-Yorker Waller, Gross & Alceburg, dann die Staatssparkasse in Butte (im Bergwerksstaate Montana). Zum Heinzeringen gehörte auch die New-Yorker Merchantile National Bank, die jetzt durch ein Clearinghauskomitee und durch den Kontrolleur der Umlaufsmittel der Vereinigten Staaten, Mr. Aldrich, unter Wasser zu halten versucht wird, um keine verheerende allgemeine Panik austrücken zu lassen.

Ebenso hatte Deutschland seine außergewöhnliche Katastrophe, die alsdann ihre Kreise weiter zog. In Hamburg stürzte das alte, bis auf das Ende des 18. Jahrhunderts zurückreichende Vanhaus Haller, Söhne & Co. Buleit mit einem Eigenkapital von etwa 5 Millionen Mark, hatte es sich vom russisch-finnischen Fondsgesellschaft mehr und mehr großen und gewagten Beteiligungen und Krediten an Industrie- und Handelsunternehmungen zugewandt, in Irlande wie in Auslande, in Europa wie in Südamerika, so dass die Darlehen an Industriefirmen auf etwa 14 Millionen, die Vorschüsse auf Baren etwa 15 Millionen Mark geschätzt werden. Die Ausdehnung dieses Wirkungskreises lässt sich daran erkennen, dass unter anderem folgende Firmen durch das Verfolgen ihrer Hamburger Kreditlinie in die bittersten Verlegenheiten gerieten: die Aufkrafcitfirma P. Wagner in Stettin und Berlin, die Böhmischo-Deutsche Mühle in Lübeck, die Böhmischo-Weselner Baumwoll- und Holzwerke in Auffig, Seestadt und Schwarz, die verschwagerten Exportfirmen Quettweg & Einmann in Hamburg, eine Bank in Houston (Texas); weiter sollen in Willemer-Schiffzogezogen sein die Gladnor Drittfabrik, die Bementfabrik Saturn in Brunsbüttel, verschiedene Eisenbauunternehmungen in Berliner Vororten. Es heißt, dass die eingewiesenen Hamburger und Berliner Großbauten ein Einbrechen abgelehnt hätten, weil sie bei ihrer eigenen Kräfteanspannung vorsichtigerweise nicht in der Lage seien, nochmals große Mittel in vielleicht recht langfristiger Bindung freizulegen.

Als die Reichsbahn am 18. Oktober eine außerordentliche Sitzung des Centralausschusses zusammenrief, wurden die düstersten Andeutungen in der Presse laut. Vielleicht hat jedoch gerade gerade das Bedürfnis, eine gewisse Verhüllung zu schaffen, den Beschluss erzeugt, von einer Diskontserhöhung, die bei der dauernden Spannung der Reichsbank mindestens sehr nahe lag, vorläufig noch abzusehen. Tatsache ist, dass der Präsident Dr. Koch ein Ansehen des Distontafages von 5% auf 6% vorschlug; doch hat sich das Direktorium der Auschusssmehrheit gefügt, der an sich nur eine beratende, keine beschließende Stimme zusteht. (Ausnahmen ist der Distont doch auf 6% erhöht worden. Red. d. „Grundstein“.)

Die Produktion im allgemeinen erschöpft im Augenblick noch keine Verminderung ihres Umfangs, aber sie rednet mehr und mehr mit vorsichtig zurückhaltenden Bestellern und mit abbrechenden Preisen.

Ein großer moderner Industriezweig befindet sich jedoch schon vollständig auf abhängiger Bahn: die Automobilherstellung, die ganz denselben Entwicklungsgang vom rapiden Aufschwung zur vollsten Überproduktion gemacht hat, wie vor Jahren die Fahrradproduktion. Nach amtlicher Schätzung betrug schon im Jahre 1905 die Bruttoproduktion der deutschen Automobilwerke 40 Mill. Mark. Als im Februar 1906 die internationale Fachausstellung

in Berlin stattfand, urteilte die Leitung der Adlerwerke in Frankfurt a. M.: „Die Nachfrage nach Kraft- und Pferdefahrzeugen sei eine derart enorme, dass selbst eine doppelte inländische Produktion noch kaum der Nachfrage genügen würde.“ Heute bereits kommt man über die Überfüllung des Marktes, über die eingerissenen Schleuderpreise, mit denen sich besonders die jüngeren und kleineren Betriebe am Leben zu erhalten hoffen. Den ersten Nachschlag warte man, besonders in Berlin, im Abhängen der Kraftdrohnen. Die Waffenfabrikation hatte hier zu den gezielten Abzahlungsgeschäften geführt, mit denen man allerdings rasch häufte aufzudecken; im Jahre 1905 gab es im Landespolizeibezirk Berlin 250 Kraftdrohnen, während heute über 1000 vorhanden sind — was bei der ganz anderen Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsfähigkeit etwa 4000 Kraftdrohnen entsprechen mag. Dazu kam, dass sich die Betriebskosten viel höher wie erwartet stellten, und das vor allem die anfangs geringfügigen Reparaturauslastungen von Monat zu Monat wuchsen. Früher schätzte man die Lebensdauer einer Kraftdrohne auf zehn Jahre, und selbst hier fegte sie der geschäftlich ungünstige Eigenfahrer wohl seitens einer genügenden Amortisationszins in Rechnung. Letztlich ist die Lebenszeit eines angestrengten Berliner Wagens schon mit vier Jahren erschöpft. Seine mehrfache, desto mehr die Warteteit, so dass statt der glänzenden Überflüsse, die bald den ersten Glücksfall zugefallen sein mögen, sehr bald die Zahlungsdchwierigkeiten zur Regel wurden, trotz der seit Anfang 1907 genehmigten Fahrpreiserhöhung. Die fälligen Abzahlungen stützen Prozesse und Prändungen begannen, gerade zu einer Zeit, wo die Fabrikanten selber schwerstes Geld für ihre Betriebe heranziehen konnten. Auch die Ausdehnung des Kraftomnibusbetriebes ging nicht mit der gebotenen Rauchheit vor sich, weil die Verkehrsgeellschaften gleichfalls die Kostenanfälle für Nutzung und Kraftverzehrung weit überschritten haben. Die gleiche Wendung trat in Frankreich ein: die Grenze der Aufnahmefähigkeit für Sports und Luxuswagen ist gleichfalls weit überwunden. Kraftomnibus sind bereits zu verzögern. Die holländische Fabrik Trouwenburg nutzte ein Moratorium (gerichtliche Stundung der Zahlungen) nachdrücklich. Die Turiner Fabrik Aquila stellte ihren Betrieb ein und folgte damit der Fabrik Napoli. Die Fabrik Italia Automobili Torino (nach den Anfangsbuchstaben: Fiat) hatte in der Zeit der allgemeinen Begeisterung ihre Aktien mit circa 400 vpt. notiert (heute bei 9 Mill. lire Aktienkapital), während sie jetzt erheblich unter 100 gefallen sind; große Arbeiterschlüsse haben stattgefunden. Von den Werkstätten des Kaiser Bezirkes (Banska, Brasov, Deva, Sociedad des roulement a billes, Sociedad d'Electricité) kommen ähnliche Nachrichten; Hunderte von Arbeitern sind schon entlassen und man prophezeit für eine nahe Zeit die Abholzung einer ganzen Hälfte. Die Lieferwerke in der Prov. (im Loireebau, in den Ardennen, in Marne) führen den Rückzug: steht doch in Frankreich die Automobilindustrie an der dritten Stelle der exportierenden Industrien. Aber gerade weil hier alles gleich für den Weltmarkt produziert, besteht die Gefahr, dass durch Schleuderexporte der internationale Wettbewerb noch erheblicher wird. Vielleicht könnte das noch immer verhindert werden. Das wird jedoch in der Hauptfrage von der allgemeinen Industrietonjahr abhängen.

Berlin, 20. Oktober 1907. Max Schipper.

Politische Rundschau.

Regierung, Schaffnacherverband und Arbeiter. Der Generalverband Deutscher Industrieller, der sich stets durch fanatische Hege gegen die Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisationen „auszeichnet“ und u. a. die Vorlage des Büchthaus gegen die Delegiertenversammlung ab, der neue Staatssekretär des Innern, Herr v. Behmann-Hollweg, der jüngst dem christlich-nationalen Arbeiterlongen eine Mahnmeldung gehalten, hielt auch dem Schaffnacherverband die Begrüßungssrede. Er berichtete, dass er bestrebt sei, durch den Unternehmertum und der Arbeiterschaft mit der gleichen Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten und die Auffassungen beider Seiten gleichmäßig zu würdigen, um in möglichst enger Führung mit dem wirklichen Leben das richtige Augenmaß für das Mögliche zu erhalten, wie für das Notwendige zu gewinnen und zu behalten.“

Auch betonte er die Notwendigkeit einer entschlossenen Fortführung der Sozialpolitik, wobei er von der „Energie der Unternehmen“ und der „Tüchtigkeit der Arbeiter“ sprach. Der Herr hätte sich nur inneren sollen, welche Art von Energie die Schaffnacherverband seither entwickelt hat gegen die bestreiteten Verlegerheiten gerieten: die Aufkrafcitfirma P. Wagner in Stettin und Berlin, die Böhmischo-Deutsche Mühle in Lübeck, die Böhmischo-Weselner Baumwoll- und Holzwerke in Auffig, Seestadt und Schwarz, die verschwagerten Exportfirmen Quettweg & Einmann in Hamburg, eine Bank in Houston (Texas); weiter sollen in Willemer-Schiffzogezogen sein die Gladnor Drittfabrik, die Bementfabrik Saturn in Brunsbüttel, verschiedene Eisenbauunternehmungen in Berliner Vororten. Es heißt, dass die eingewiesenen Hamburger und Berliner Großbauten ein Einbrechen abgelehnt hätten, weil sie bei ihrer eigenen Kräfteanspannung vorsichtigerweise nicht in der Lage seien, nochmals große Mittel in vielleicht recht langfristiger Bindung freizulegen.

Als die Reichsbahn am 18. Oktober eine außerordentliche Sitzung des Centralausschusses zusammenrief,

wobei er von der „Energie der Unternehmen“ und der „Tüchtigkeit der Arbeiter“ sprach. Der Herr hätte sich nur inneren sollen, welche Art von Energie die Schaffnacherverband seither entwickelt hat gegen die bestreiteten Verlegerheiten gerieten: die Aufkrafcitfirma P. Wagner in Stettin und Berlin, die Böhmischo-Deutsche Mühle in Lübeck, die Böhmischo-Weselner Baumwoll- und Holzwerke in Auffig, Seestadt und Schwarz, die verschwagerten Exportfirmen Quettweg & Einmann in Hamburg, eine Bank in Houston (Texas); weiter sollen in Willemer-Schiffzogezogen sein die Gladnor Drittfabrik, die Bementfabrik Saturn in Brunsbüttel, verschiedene Eisenbauunternehmungen in Berliner Vororten. Es heißt, dass die eingewiesenen Hamburger und Berliner Großbauten ein Einbrechen abgelehnt hätten, weil sie bei ihrer eigenen Kräfteanspannung vorsichtigerweise nicht in der Lage seien, nochmals große Mittel in vielleicht recht langfristiger Bindung freizulegen.

Die Delegiertenversammlung bewies, denn auch bei ihrer Stellungnahme zu den sozialpolitischen Fragen sofort, dass sie nur im Geiste des Herrn um Leistungsfähigkeit ist. Sie beschloß, den Bestrebungen der Sozialdemokratie nach wie vor energisch entgegenzutreten, sie zu beobachten als „die gefährliche Feinde der Arbeiterschaft“.

Die Anerkennung können doch wohl die Arbeiter für sich in Anspruch nehmen, dass, wie der Staatssekretär auch unumwunden zugab, hauptsächlich ihrer Tüchtigkeit mit der Aufschwung der deutschen Industrie zu danken ist. Er hat damit, dass er das sagte, den Schaffnachern keinen Gefallen getan.

Die Delegiertenversammlung bewies, denn auch bei ihrer Stellungnahme zu den sozialpolitischen Fragen sofort, dass sie nur im Geiste des Herrn um Leistungsfähigkeit ist. Sie beschloß, den Bestrebungen der Sozialdemokratie nach wie vor energisch entgegenzutreten, sie zu beobachten als „die gefährliche Feinde der Arbeiterschaft“.

Die Anerkennung können doch wohl die Arbeiter für sich in Anspruch nehmen, dass, wie der Staatssekretär auch unumwunden zugab, hauptsächlich ihrer Tüchtigkeit mit der Aufschwung der deutschen Industrie zu danken ist. Er hat damit, dass er das sagte, den Schaffnachern keinen Gefallen getan.

Die Delegiertenversammlung bewies, denn auch bei ihrer Stellungnahme zu den sozialpolitischen Fragen sofort, dass sie nur im Geiste des Herrn um Leistungsfähigkeit ist. Sie beschloß, den Bestrebungen der Sozialdemokratie nach wie vor energisch entgegenzutreten, sie zu beobachten als „die gefährliche Feinde der Arbeiterschaft“.

Die Anerkennung können doch wohl die Arbeiter für sich in Anspruch nehmen, dass, wie der Staatssekretär auch unumwunden zugab, hauptsächlich ihrer Tüchtigkeit mit der Aufschwung der deutschen Industrie zu danken ist. Er hat damit, dass er das sagte, den Schaffnachern keinen Gefallen getan.

heitssatz gerichtet sind. Nicht minder will er alle auf die Förderung von Tarifverträgen in der Industrie durch die Gesetzgebung oder die Verwaltung gerichteten Bestrebungen auch fernher bekämpfen.

Zum Koalitionsrecht der Arbeiter wird erklärt: „Der Zentralverband hat niemals irgendwie Stellung gegen das jetzt bestehende Koalitionsrecht der Arbeiter genommen, erachtet aber, daß die mehrfach im Reichstag gestellten, die Erweiterung dieses Rechts und dessen Ausdehnung auf weitere Klassen von Arbeitern, Angestellten und Beamten bestrebenden Anträge mit den Interessen des Staates und des Gemeinwohles unvereinbar sind.“

Schließlich erläuterte die Versammlung, es sei unabdingt nötig, daß die verbündeten Regierungen zunächst bald und energisch begegne, durch gezielte Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter von der Schreckensherrschaft dieser Partei und ihrer Organisationen zu befreien.

Als die Buhlschaftsvorlage soll wieder tommt.

Niedriger, fanatischer Gehässigkeit gegen die Arbeiterorganisationen gab auf dem der Delegiertenversammlung folgenden Festbankett der Ober-Scharfmacher-Kommissionat Kirdorf, Ausdruck. Er betonte die Notwendigkeit der Geschäftsfreizeit innerhalb der Industrie, besonders eines geschlossenen Kampfes gegen die Umsturzparteien. Der Umsturz gehe nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den anderen Arbeiterorganisationen aus, deren Zweck es sei, Feindschaft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu föhlen. Dienen Bewegungen gegenüber den Herren standpunkt gewahrt zu haben, sei nach ihrer Überzeugung richtig gehandelt.

Damit hatte Herr Kirdorf den Scharfmachergenosse das Festbankett angenehm verlauflich gemacht. Der Regierung gab er noch sehr deutlich zu verstehen, daß ihrer sozialpolitischen Strömung das Unternehmertum nicht folgen werde, wenn sie ihm nicht entspreche.

Das ging denn doch selbst dem preußischen Handelsminister Delbrück, der an dem Bankett teilnahm, wider den Streik. Er erhob sich und erklärte, daß die Regierung sich nicht in den Händen von Kirdorfs Anschaungen zwingen zu lassen brauche. Er fügte hinzu:

„Das Kirdorf sagt, wir wollen Herren im Hausebleiben, hat in der öffentlichen Meinung mehr geschadet als manche bittere Tatsachen. Es liegt jedem Unternehmer fern, ein mittelalterliches Herrentum gegenüber den Arbeitern aufzustellen. Es liegt uns fern, den freien Willen zu beschränken, auch wenn es sich um unsere Arbeiter handelt. Wir wollen die Kameraden unserer Arbeiter sein. Dann wird die deutsche Industrie nicht nur als Industrie groß sein, sondern auch in der Achtung aller Parteien des Vaterlandes und auch in der Achtung des Auslands.“

Es ist das erste Mal, daß ein Regierungsvertreter in solcher Weise Front macht gegen den Scharfmachertum. Der Regierung ist die Höhe der Kirdorf- und Genossen jetzt, in der Aera der Bloßpolitik, unangenehm.

Eine weitergehende Bedeutung ist der milden Verbahrung des Ministers Delbrück nicht beizumessen. Hat doch die Regierung immer im Banne des Scharfmachersverbandes gestanden, und sie wird sich wohl hütten, die seitigen guten Beziehungen zu ihm in ein feindliches Verhältnis umzuwandeln.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Der Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der dem Reichstag im November 1906 vorgelegt worden war und dort die verdiente därtige Kritik erfahren hat, befindet sich nicht unter den Vorlagen, die dem neuen Reichstag bereits zugegangen sind. Nach einer offiziösen Notiz, soll er vom Januar an auch mit Rücksicht auf die zahlreichen übrigen sozialpolitischen Vorlagen vorläufig nicht mehr vorgelegt werden.

Die Notiz besagt weiter: „Dieser Beschluss hängt eng mit dem kommenden Vereins- und Veräußerungsgesetz zusammen, das das Recht der Berufsvereine nach der öffentlich-rechtlichen Seite regelt. Man wird zunächst abwarten, welche Aufnahme das Vereinsrecht im Reichstage erfolgt und davon abhängen, ob und wie der alte Entwurf wieder aufgenommen werden kann. Mindestens der Reichstag das neue Vereinsgesetz an, so läßt es leicht sein, das Recht der Berufsvereine auch nach der privatrechtlichen Seite hin zu regeln.“

Natürlich wird die Berufsvereigevorlage eine reaktionäre Wirkung haben. Und dementsprechend würde dann auch natürlich die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ihre Regelung finden.

*
Unzufrieden mit dem christlich-nationalen Arbeiterkongress. Sie hat zwar Wort der Anerkennung für das „maßhaft volkstümliche Verhalten“ der Delegierten des Kongresses, die nichts wissen wollten von einer Stellungnahme zur prähistorischen Wahlrechtsfrage. Aber dieses Lob ist ein sehr verdächtiges. Es wird offenbar nur gespendet, damit die abfällige Kritik, die das konervative Blatt an anderen Punkten hat, deutscher machen zu machen; so in Sachen der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Verkürzung der Arbeitszeit sowie des Koalitionsrechts. Die industriellen Arbeiter, die in diesen Punkten für ihre berechtigten Interessen eintreten, mögen sie nun böse Sozialdemokraten oder christlich-nationalen Männer sein, geben damit ja der ländlichen Arbeiterschaft ein „schlechtes Beispiel“. Das Blatt wünscht, daß das „Verantwortlichkeitsgefühl der Führer noch wache“ und es behauptet, das Telegramm, das der Kaiser dem Kongress gesandt, legt den Führern eine „Ehrenpflicht“ in dieser Hinsicht auf, damit die christlich-nationalen Bewegung „zum Segen der Arbeiterschaft und des gesamten Vaterlandes“ gereiche. Das Juif-vorgan führt hinzu:

„Diese Anerkennung des Kaisers auch ferner zu verdienen und diesen Wunsch zu erfüllen, dazu beweist ein bewußtes Einordnen der Arbeiterschaft in das Gesamtinteresse der Nation. Nur diese bewußte Einsicht macht die Arbeiter zu wütisch freien Männern; mit denen jede Partei auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln kann.“

Das ist wieder ein elender demagogischer Unsinn. Was versteht denn das Blatt unter dem „Einordnen der Arbeiterschaft in das Gesamtinteresse der Nation“? Ihre Unterordnung unter die Standesinteressen der herrschenden Stände und Klassen, von denen diese Faktoren in immer behaupten, daß darin die „Interessen der Nation“ sich begreifen. So z. B. wenn die Agrarier eine frivole Lebensmittelwucherpolitik betreiben. Die Jünger und Jungenlosen haben noch niemals Bedenken getragen, auf kaiserliche Anerkennung zu verzichten, den Anschaunen des Kaisers offen Trost zu bieten, der Regierung Opposition zu machen, wenn es ihren Sonderinteressen entspricht. So in der Kanalfrage. Wenn das Organ dieser Sippschaft von einem Einordnen in das Gesamtinteresse der Nation spricht, so ist das ein frecher Höhn. Für sich allerdings beansprucht diese Sippschaft volle Freiheit, für die Arbeiter aber die Einreichung den Polizeifüppel. Das nennt sie „Gleichberechtigung!“ Die Arbeiter haben lediglich ihren berechtigten Interessen und damit den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit zu folgen, ohne zu fragen, ob sie sich damit die Anerkennung eines Monarchen verdienen. Der mag sich sein Urteil über die Arbeiterbewegung bilden wie er kann und will. Soll es ein richtiges und gutes, so wird es genau diefele Wiedergabe erfahren, wie das jedes anderen Menschen; ist es das nicht, so wird ihm die Arbeiterschaft opponieren.

Schärfer noch als die diplomatisch-kreiszeitliche „Zeitung“ spricht sich ein anderes konservativeres Organ, die „Schlesische Zeitung“, über den Kongress aus. Es wird darauf hingewiesen, daß einer der Hauptwortschatz des ersten nationalen Arbeiterkongresses, der Zentrumsabgeordnete Gleiberts, es für die auf dem Kongress vertretenen Arbeiter abgeschaut habe, sich als Sturmboot gegen die Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen, daß er vielmehr, indem er unterschiedlos jeden Arbeiter als „Klostengenossen“ begrüßte, den „christlich-nationalen“ unter Umständen das Zusammenwirken mit den Sozialdemokraten auf dem Boden des Klostekampfes ausdrücklich vorbehalten hätte. Die Regierung hätte deshalb gegenüber dem Berliner Kongress mehr Zurückhaltung üben und zum mindesten den Verlauf der Verhandlungen abwarten sollen. Herr v. Liebmann-Hollweg habe indessen offenbar die Herren durch Leidenschaftsfüllige Offenherzigkeit gelangen nehmen wollen; Erfolg habe er jedoch damit nicht gehabt. Den folgt das konervative Blatt hinzu:

„Vergebens sucht man in den Reden des Kongresses nach einem grundsätzlichen Brücken von der Sozialdemokratie, vergebens auch nach einer irgendwie geeigneten Anerkennung für die Regierung. Im Gegenteil, die levire wird mit Vorwürfen überhäuft, daß sie den Interessen der Arbeitgeber diene, die der Arbeiter aber vernünftigere. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung, in der wir den anderen Staaten mit Siebenmeilenstiefen vorausgeht, wird als durchaus ungünstig dargestellt. Aber auch, wenn auf diesem Gebiete noch soviele Friede, Befriedigung würde damit doch nicht geschaffen werden, denn die Regierung versteht die Psychologie der Arbeiter, denen es in erster Linie um mehr Rechte und Freiheiten zu tun sei. Genau im Stile der Sozialdemokratie werden diese Rechte und Freiheiten gefordert und begründet, und obgleich steht auch nicht die kaum verblühte Drohung, daß im Falle der Nichterfüllung der Forderung eine massenhafte Fahnensturz ins sozialdemokratische Lager zu gewährte sei. Das ist die unerträgliche Zwitterfähigkeit dieser nationalen Kongresse!“

Da haben wir's! Die ganze Veranstaltung war durch den „christlich-nationalen“ Charakter, den man ihr von vornherein gegeben hatte, eine Rundgebungszeitung gegen die Sozialdemokratie, oder sollte es wenigstens sein. Aber die sozialpolitischen Fragen, mit denen der Kongress sich beschäftigte, wobei es sich um Forderungen handelte, die von der Sozialdemokratie schon vor langem erhoben worden sind, lassen sich gar nicht anderes bezeichnen als „im Stile der Sozialdemokratie!“ Soweit sind die christlich-nationalen Arbeiter nun auch schon gekommen. Und es ist die nicht unbegründete Furcht, daß sie bei eindringlich und ehrlichem Streben zu der Sozialdemokratie überhaupt gelangen müssen, die aus den Slagen der konserativen Blätter spricht.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Spuren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fortan nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansästädte: Spadenland (Sperre über Neben), Moorfeleth (Sperre über Mint);

Schleswig-Holstein: Kellinghusen, Wrist, Wulsmoor (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje);

Brandenburg: Mittenwalde (Sperre über Rohfeld, Kreiskrankenhaus), Cottbus (Sperre über Röder in Weißwasser);

Pommern: Cammin (Streik), Pyritz (Sperre über Friedr. Berg), Torgelow (Sperre über Rambow), Podejuch (Sperre über W. Berg);

Ost- und Westpreussen: Sensburg (Sperre über Rehse);

Posen - Schlesien: Ohlau (Sperre über Rother, Kern und Jander), Peitzerwitz (Sperre über Gerlach und Wiesner).

Muskau (Sperre über Stülpnagel), Waldenburg (Sperre über Täler in Neu-Salzbrunn);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstraße, in L.-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstraße, in L.-Gautsch Fr. Probst & Co., Spinnereistraße, in L.-Leutzsch Eisengiesserei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstraße, und M. Steyskal, Sohstraße, Golditz (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streik);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe: Wunstorf (Streik), Celle, Norderney (Aussperrung);

Rheinland: Greifeld (Differenzen), Kaiserswerth (Sperre über Oster & Rosch);

Hessen und Waldeck:

Rüdesheim - Geisenheim (verschiedene Sperren), Mainz (Sperre über A. Westenberger), Oppenheim (Sperre über V. Kurz), Gießen (Sperre über Bernhard in Kleinlinde), Schmalkalden (Sperre über Peter);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperre über den Schulneubau), Neustadt a. d. Haardt (Sperre über den Sägemühlenbau Kriegshäuser & Sohn);

Bayern:

Söld (Sperre über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperre über Nübauer), Diessen (Streik);

Friesenleger:

Barmen-Ellerberg (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschowsky und Rummenhölle), Duisburg (Sperre über Gebr. Böning und Krüsken);

Oesterreich:

Leitomischl, Chotzen, Wildenschwert (Aussperrungen), Hohenmauth (Streik);

Ungarn:

Arad, Csongrád, Gyula, Kecskemét, Nyiregyháza, Petroszény, Székesfehérvár, Vác, Zombolya (Aussperrungen).

Holland:

Arnhem (mehrere Sperren).

Gau Bremen:

In Nordhorn haben sich Differenzen entstanden, die eine Aussperrung in drohende Nähe rücken. Der Unternehmerverband hat nämlich beschlossen, die übliche eineinhalbstündige Mittagspause auf eine Stunde zu verlängern. Wer vom 1. November an noch die $\frac{1}{2}$ Stunden beansprucht, soll sofort entlassen werden. Unsere Kollegen wehren sich am 5. November mit dieser Maßnahme ab.

Die Bauarbeiterfahrt in den Unterwerkerorten hat den Unternehmern die alte Forderung: neuneinhalbstündige Arbeitszeit und 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, in Erinnerung gebracht. Nach einer Notiz der „Arbeitszeit-Zeitung für das Bauwesen“ an der Unterwerker“ hat sich der Unternehmerverband mit dem Antrage beschäftigt, und das Resultat war, daß an der zehnhalbstündigen Arbeitszeit festgehalten werden soll. Dagegen fand ein Vorschlag des Vorstandes, die Geschäfte (Bauten etc.) an den Sonnabenden um 1 Uhr Mittags zu schließen, freundlich Aufnahme. Der Vorschlag soll einer späteren Verhandlung zur Annahme empfohlen werden. Auch einer Löhnernhöhung von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde war man nicht abgeneigt. — Wir werden ja demnächst mehr über diese Vorschläge hören. Unsere Kollegen werden selbstverständlich den freien Sonnabendnachmittag als Abschlagszahlung akzeptieren, damit werden sie aber dauernd nicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit an allen Tagen verzichten.

Gau Köln.

Der Streik in Crefeld ist wegen Aussichtslosigkeit aufgehoben worden. Die Streikenden wurden sofort eingestellt, am Sonnabend der letzten Woche aber größtenteils wieder entlassen. Der Zugang von Maurern muß also auch fernerhin streng ferngehalten werden. Leiderweise sind die Bauten des Unternehmers Peter Schlegelin wegen Arbeitslosigkeit gesperrt.

Gau Hannover.

Über die Aussperrung in Celle wird folgendes berichtet: Auf Veranlassung des hiesigen Gewerbevereins fand am 22. Oktober vor dem Gewerbegericht eine Eingangsverhandlung statt, die jedoch resultlos verlief, da uns die Unternehmer nur ganz geringe Zugeständnisse für das kommende Jahr machen und überdies verlangten, daß wir mit Nicht- und Andersorganisierten zusammen arbeiten und den von den Unternehmern protegierten Polizeiverein anerkennen sollten. Dann fand am 25. Oktober auf Erledigen der Gauvorstände wieder eine Verhandlung statt, die nach achtsündiger Sitzung einen Arbeitsvertrag hervorbrachte, den jedoch die am 28. Oktober tagende Verhandlung ablehnte. Darauf war am 1. November schon wieder Verhandlung. Wir forderten bei Aufnahme der Arbeit 50 $\frac{1}{2}$, vom 1. April 1908 zu 55 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und 9½stündige Arbeitszeit, Ausschaltung des Polizeivereins, des Arbeitsnachweises, der Arbeitsförderung und der Konkurrenzstrafe. Dies wurde von den Vertretern der Unternehmer als unerfüllbar und unbilligstes bezeichnet. Um diesem Hin und Her ein Ende zu machen und, wenn möglich, den Streit beigeulegen, machte die Gesamtmission der Arbeiter folgenden Vergleichsvorschlag in der Lohnfrage: bei Aufnahme der Arbeit 48 $\frac{1}{2}$, vom 1. Januar 1908 zu 50 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Januar 1909 zu 52 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Da die Unternehmer erklärten, keinerlei Zusagen machen zu können, so wurde über die anderen Punkte nicht mehr verhandelt und die Sitzung abgebrochen. Die Antwort soll uns dieser Tage sofort zugehen. Der Weg zur Verständigung ist geboten; an den

Unternehmer liegt es, gleiches zu tun. Auf etwas anderes wird sich die hiesige Bauarbeiterchaft nicht einlassen. Mit berechtigtem Stolz können wir berichten, daß nach zweijähriger Ausübung nicht ein Kollege, der ernstlich in Frage stände, abgesetzt ist. Zu unterstützen sind 40 Maurer und 10 Zimmerer. Bauarbeiter und Dachdecker sind sämtlich in Arbeit gebracht. Auch sonst drängt die Arbeit sehr, so daß, wenn alle Kollegen unbedingt jeden Zugang von hier fernhalten, der Kampf unabdingbar zu unseren Gunsten ausfallen wird.

Gau München.

Die Sparte über die Firma Behnert in Altötting ist aufgehoben. Die Brüder Behnert haben eingesehen, daß sie mit den paar „Arbeitswilligen“ doch keine großen Sprünge machen können, und so bequemen sie sich dazu, daß noch anwesende Ausgesperten wieder in Arbeit zu nehmen.

Auch die Sherren über die Firmen Gerbi und Hult in Trellisring sind aufgehoben.

In Traunstein kam es in den letzten Wochen zu Differenzen, nachdem die Firma Wölfer die Maurer und Bauführerarbeiten entließ und die Arbeit einem auswärtigen Unternehmer übertrug, der dann mit indifferenten Leuten antrückte. Nachdem eine Kommission vorstellig geworden war, konnten die Kollegen die Arbeit wieder beginnen. Die Mehrzahl war jedoch zweitärts anderweitig in Arbeit getreten.

Gau Oberschlesien.

In Oströbnitz wird für den Janeth, denselben, von dem wir in Nr. 40 des „Grundstein“ über die Rechtsfehler, öffentliche beschreiten, ein Schloß gebaut. Die daran beschäftigten Kollegen wurden kürzlich wegen einer Lohnauslage von 5,- pro Stunde vorstellig. Sie wandten sich mit dieser Forderung an einen gewissen Hoffmann aus Cosel, den sie nach seinem bisherigen Auftreten für den Unternehmer halten mußten. Hoffmann sagte auch die Lohnherabsetzung zu. Als sie aber fällig war, gab es statt einer Lohnherabsetzung für eine Reihe älterer Kollegen einen Lohnabzug von 2 bis 4,-. Es stellte sich nun heraus, daß Hoffmann eigentlich nur Bauführer des zugesetzten Kaneky war. Eine solche Summierung war den Kollegen nur aber doch zu eng. Sie verabschiedeten nochmals zu handeln, aber es half nichts. Darauf stellten sie samt und jonders die Arbeit ein und beauftragten vier Kollegen, mit dem Bauführer weiter zu verhandeln. Das erwies sich aber wieder als zwecklos; der Mann gebärdete sich wie ein Reichstagsmitglied in Ostafrika. Er schimpfte über die „Faulheit“ der Kollegen, wogu sich befannlich immer die Leute am meisten berufen fühlen, die am besten täten, vor der eigenen Türe zu führen. In diesem speziellen Falle war der Vorwurf der Faulheit eine Schamlosigkeit. Aber alles Schimpfen konnte doch keine Mauer herbeischaffen, stattdessen wurde auch die Polizei mobil gemacht. Über wie sehr sich Hoffmann auch bemühte, Zusammenstöße der Streikenden mit der Polizei herbeizuführen, es scheiterte an der Rücksicht und Besonnenheit der Oströbnitzer Kollegen, die auch dann nicht versagte, als Hoffmann „Arbeitswillige“ fand, und als dann auch die Polizei alle ihre Register zog. Trotz allerdem gelang es den Streikenden, die „Arbeitswilligen“ davon zu überzeugen, daß sie hier keine nöte Rolle spielen, und sie wieder zur Arbeit zu bewegen. Dann sah Hoffmann ein, daß er es mit einer starken Organisation zu tun hatte, und heuerte sich zu Angestellten. Nur werden 34,- Stundenlohn gezahlt. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Bei der ganzen Affäre machte sich Gutskirt Kleinert recht unliebsam bemerkbar, besonders als die Streikbrecher bei ihm logierten. Die Kollegen werden ihm das nicht vergessen.

Gau Stettin.

In Alt-Damm kam es wegen Aufforderung, die dort durch Tarifvertrag ausgegeschlossen ist, mit dem Unternehmer Ernst Böttcher zu Differenzen. Nachdem am 30. Oktober 15 Maurer der Arbeit eingestellt hatten, bequemte sich der Unternehmer zu dem Entschluß, die strittige Bauarbeit am Sanatorium in Seelbosth herstellen zu lassen. Gleichzeitig wurden die dort beschäftigten unorganisierten Stettiner Buber veranlaßt, sich dem Verbande anzuschließen.

In Greifenseberg i. Pomm. trugt die im Frühjahr beendete Schlappheit der Kollegen ihr Früchte. Einige Unternehmer drücken den Lohn und wo es noch nicht geschiehen ist, es nur dem guten Willen des Unternehmers zu danken. Die Organisierten erhalten zwar den Lohn, doch sieht es nicht in ihrer Macht, die Herren „Arbeitswillige“-Dramatik zu dulden. Ist unter Einsluß auch nicht groß, so erreichen wir uns dennoch den ungezielten Aufmerksamkeit der Behörde. Selbst zu einem Vergnügen der Lokale abgetrieben. Vereinbart sind sogen die Worte, daß der Bürgermeister ihnen die Weiche verleiht hat; bei dem einen Wirt ist auch noch der Brauermeister sein Besitz. Der Bürgermeister soll gemeint haben, daß Tanger geht ja noch, aber dann kommt so ein Herr aus Stettin und hält während der Kaffeepause eine Feierrede.“ Die Möglichkeit, daß sich eine solche Rede etwas über das Niveau der Kriegervereinsreden – läufiglich in jedem Stammtischgelch für 2,50 – erhebt, genügt, den Herren Burch einzuführen. Doch die Freuden überlassen wir gern den Honorationen und Ortsgruppen; wir erreichen auch ohnedem unser Ziel.

In Neubrandenburg ist die Ausübung und der Streit nach zweijähriger Dauer ohne Vertrag beendet. Die Arbeitsgelegenheit ist gut, durch einen warmen Regen ist sie noch besser geworden, und doch finden sich anfängliche Kollegen, die die Arbeitszeit überschreiten und Alsfeld einzuführen versuchen. Die angeregten Kollegen werden hieron mit angesteckt. Viele von ihnen verlämmen die Anmeldung beim Zweigverein. Es sei hier nochmals aufmerksam gemacht, daß sich jedes Mitglied im Arbeitsort anmelden und die Beschlüsse befolgen muß. (Was ein warmer Regen für die Verbesserung der Arbeitsgelegenheit tun kann, ist uns nicht recht klar. Die Red.)

Der Bürgermeister in Plaue i. B. ist eine Glanznummer gefüllt; er hat eine Maurerversammlung bereitgestellt. Nachweiser wurde die Anmeldung zu der am 27. Oktober, Nachmittags 8 Uhr, geplante Versammlung am 26. November um 1 Uhr, in den Magistratsräumen gehalten. Eine Bescheinigung erhielten wir nicht, dagegen erschien am 27. Nachmittags 2 Uhr, das Stadtoberhaupt in höchstgeehriger Person vor der Herberge. In

Abwesenheit des Wirtes sagte er der Wirtin: „Ich verbiete Ihnen, die Versammlung in Ihrem Hotel abhalten zu lassen; tun Sie es dennoch, so nehme ich Sie in Strafe. Ich kann nicht begreifen, wie Sie Ihr Hotel zu solchen Versammlungen hergeben könnten.“ Um 8 Uhr wurde der Saubidiener, der neuerdings auch Nachtwächter ist, gefordert, um das „Verbot“ der Versammlung mitzutragen. Eine Versammlung war nicht möglich, doch erreichtete wir auch so unseren Zweck. Zum Schlusse ludte uns der Wirt gegen die beiden Scherer die Freundschaft. Um diesen Falle läßt sich die Beleidigung nadweisen. Dem Bürgermeister wird Gelegenheit gegeben werden, mitzuhalten, wie es kommt, daß eine 28 Stunden vorher angemeldete Versammlung als nicht rechtzeitig angemeldet verboten wird.

In Starzard i. P. ist gute Arbeitsgelegenheit. Der Lohn von 44,- wird gezahlt. Die zugereisten Mitglieder tun gut, sich in Arbeitsort anzumelden, damit der Einfluß der Verbandsmitglieder so erfordert, daß die vorhandenen Mitglieder trotz des bestehenden Drosselvereins befähigt werden können.

In Stettin besteht seit 1906 die neuemittelstündige Arbeitszeit. Die Geschäfte Küne und Rehm führen bei Arbeiten in zwei Fabriken die zehnstündige Arbeitszeit. Sie begründen es mit dem Abfall zu 6 Uhr des Vertrages, wonad es bei Reparatur- und Installationsarbeiten in Fabrik ihres Unternehmens gestattet ist, Überstunden selbst zu bestimmen. Alle Überstunden gelten die Stunden nach 6 Uhr Abends, und vor 6 Uhr Morgens. In diesem Falle veränderte man einfach die Pausen. Ein Vertrag gegen den Vertrag liegt ohne Zweifel vor; deshalb lehnte der Arbeitgeber auch zunächst eine gemeinsame Sitzung ab. Erst als mit dem vertragsgemäß als Obmann des Schiedsgerichts gelten Oberbürgermeister zwei Freiheit gewünscht waren und eine mündliche Unterredung stattgefunden hatte, berief man die Sitzung ein. Die Sache schwelt noch. Bei dieser Frage kann man sich des Einbruches nicht erinnern, daß sich die Unternehmer von den Bauherren bei Tagelohnarbeiten 10 Stunden bezahlen lassen, und deshalb aus zehnstündige Arbeitszeit drängen. Sonderbar mutet es auch an, daß seinerzeit die Chamoisfabrik auf Betreiben des Arbeitgeberverbands gekippt wurde, weil der Vertrag nicht bewilligt war, während heute der Vorstand des selben Verbandes an Gunten seiner Fabrik den Vertrag verlegt.

Die Neubauten der Provinzial-Hellental in Treptow a. d. Rega führt die Firma Maas & Gellert aus Kolberg aus. Die Arbeitskräfte müssen nach auswärtig herangezogen werden. Am 26. Oktober stünzte der Polier auf vier Bauten eine Lohnfestsitzung von 2,- pro Stunde. Auf zwei Bauten wurde nichts dagegen geagt. Am 26. Oktober gelang es der Bemühungen des Gauvorsitzenden, die Lohnfestsitzung abzuwehren. Vereinbart ist: Der Lohn von 50,- pro Stunde wird weiter gezahlt. Die Entlassung einiger Kollegen wird zurückgenommen. Entlassungen sollen nur vorgenommen werden, wenn Arbeitsmangel die Entlassung zur unabwendbaren Notwendigkeit macht. Dies Abkommen konnte nur erzielt werden, weil alle Kollegen erklärten, sofort die Arbeit einzustellen, wenn auch nur 1,- abgezogen bzw. ein Kollege entlassen würde. Wir erhielten den Einbruch, als ob hier ein Privatvergnügen des Poliers und des Buchhalters Fischer vorlag. Erst sollte es der Geschäftsinhaber verlangt haben und hinterher konnten beide die Sachzurücknehmen, ohne auch nur ein Wort mit Wack gepronken zu haben.

Am 19. Lohnbesitz ohne Verlust ist der Stoff nochmals handagitation betrieben. Altenhalden ist der Sinn für den Ausflug geweckt, doch fehlt es an Mut und an Personen, die die Leitung in die Hand nehmen könnten.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Beitragszahlung. Monat November ist laut Statut der letzte Beitragsmonat im Jahre; die Monate Dezember, Januar und Februar sind beitragsfrei. Die beitragsfreie Zeit ist erfüllt, um zu verhindern, daß im Winter Mitglieder wegen Beitragsabzügen gezwungen werden müssen. Soll dieser Zweck in Erfüllung gehen, was im Interesse des Verbandes wünschenswert ist, dann müssen die Mitglieder ihre Verbands- und Extrabeiträge bis zum Jahresende voll bezahlen, bevor es Winter wird.

Die rechtzeitige Zahlung des Beitrages liegt aber auch im Interesse der Mitglieder selbst. Laut Statut haben nur diejenigen Mitglieder ein Recht auf Meise-, Sterbe- und Frankenunterstützung, sowie Rechsschutz, die mit ihren Beiträgen nicht länger als zwei Monate rückständig sind. Im anderen Falle geben alle erworbenen Rechte auf Unterstützung verloren. Eine Nachzahlung der rückständigen Beiträge kann daran nichts ändern.

Die Zweigvereinsvorstände werden erfuhr, die Kollegen hierauf noch besonders hinzuweisen und Einrichtungen zu treffen, daß die Südmänner vom 1. Dezember an persönlich an ihre Beitragspflicht erinnert werden können.

Für Mitglieder, die im Herbst nach Hause reisen. Dienenden Mitglieder, die mit Beginn des Winters bei Ort, wo sie in Arbeit stehen, verlassen und an einem Ort ihren Aufenthaltsort nehmen, wo ein Zweigverein nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam, daß Ihnen, wenn sie sich beim Verbandsvorstand anmelden, der „Grundstein“ von hier aus zu gestellt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzubringen, auch muß der Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt sein.

Wollen die Kollegen aber lieber mit dem Zweigverein, dem sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr treten und sich vor dort aus dem „Grundstein“ aufstellen lassen, dann steht dem nichts im Wege.

Reiseunterstützung. Die Auszahlung der durch Statut (S. 29) vorgeschriebene Winter-Meiseunterstützung beginnt am 1. Dezember dieses und endet am 31. März des nächsten Jahres.

Meiselegitimationssachen stellt der Verbandsvorstand vom 15. November an an.

Mitglieder, die eine Karte wünschen, haben ihr Mitgliedsbuch sowie 20,- in Briefmarken für Zurücksendung des Buches

und Zurücksendung der Legitimationssache zu einzufinden. Junggesellen haben außerdem eine Bescheinigung beizubringen, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrezeit dem Verband beigetreten sind.

Als solche Ausweispapiere genügen ein Lehrbrief oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehrezeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege ausgelernt hat, ein Zweigverein besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbefurche.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzeichnen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 28. Oktober bis 2. November für folgende Mitglieder erteilt:

Otto Kühn-Tauta b. L., Verb.-Nr. 103 666; Joh. Müller-Hamburg (Frau), 27 281; Gottl. Niegrat-Stuttgart, 47 088; Joh. Haub-Heidelberg (Frau), 295 419; Hub. Engel-Berlin (Frau), 1526; Karl Brunn-Eichleben, 68 112; Aug. Schöf-Giesen, 67 710; Karl Richter-Worms (Frau), 52 355; Cbr. Braun-Wiesbaden, 48 378; Will. Sander-Hamburg, 290 720; Will. Rees-Stettin (Frau), 45 046; Sol. Berger-Bassum (Frau), 124 826; Ernst Hendel-Leipzig, 37 376; Th. Kunath-Dresden, 132 756; Rich. Kreische-Dresden, 18 941; Ad. Martins-Wagberg (Frau), 108 494; Fr. Hornand-Schöneck a. d. E. (Frau), 99 324; Carl Altp.-Hannover, 81 679; Herm. Strauß-Militsch, 166 845; Joss. Meisterhofer-Negensburg, 267 502; Ad. Rüdiger-Grafschaft (Frau), 68 819; Friedrich Wehle-Heidelberg, 77 624.

Geldsendungen für die Hauptsasse sind nur an den Kassierer: 3. Astor, Hamburg 1, Befenbindershof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschluß anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Bei der Zeit vom 27. Oktober bis 4. November 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder:

Darmstadt A. 5855,07, Marburg 510,53, Breitbach 391,87, Friedrichsberg 824,04, Döberan 348,60, Gießen 182,68, Stegen 93,70, Neuengamme 292,80, Lüd 621,20, Rosenthalerstr. 586,52, Golde 440,40, Oberstein 429,23, Sielbach 244,64, Genthin 266,45, Erding 209,20, Gr.-Neuenhof 178,43, Bölsdorf 92,20, Schmied 24,66, Hannover 1759,07, Münzen 1597,06, Schmied 1027,18, Bruchmühl 614,82, Münden a. d. Saale 360,99, Gr.-Mühldorf 327,40, Gr.-Ziegenort 382,35, Meß 299,35, Elster 223,60, Briesen 98,03, Bergheim 90,10, Neuenhagen 82,02, Liebenwerda 76,92, Neumarkt i. Bayern 68,22, Weidenburg i. Bayern 66, Rübenbrück 61,20, Bayreuth 78,75, Coburg 18,90, Fürth 18,80, Erlangen 758,01, Freyhan 546,81, Selb i. B. 535,98, Hörmann 263,60, Osterburg 178,48, Rothenburg a. Fr. 134, Neustadt 111,70, Zellin 81,21, Preysing 74,66, Wölfs 617,99, Stein 301, Weidenhausen 183,75, Gütters 177,50, Wölkisch 184,17, Biesenbach 70, Hof 38,48, Erxwalde 633, Oberjühl 487,67, Pinneberg 405,97; Cassel 205,22, Mön 84,50, Obernig 51,24, Brüderle 50,20, M. Schindel 15,60, Hornburg 1, Gelsenkirchen 800, Blaues 800, Gotha 600, Karlsruhe 600, Frankfurt a. d. O. 500, Neuhardenberg 220, Dörlitz 125, Hamburg 8500, Danzig 2000, Chemnitz 800, Wittenberge 300, Erfurt 200, Hildesheim 200, Münden 185, Hirschberg 250, Nordenham 240, Deutsch-Lissa 611,89, Posen 272,99, Lauf 271,18, Landshut 40, Gundels 251,80, Coburg 949,76, Hettstedt 147, Alfeld 67,28, Trittau 66,08, Droyes 8,04, Schöppenstedt 6,12, Gladbach 3,12, Osnahide 800, Gera 800, Bremenhaven 675, Ruhrtal-Bed 800, Bittau 500, Karlsruhe 500, Jena 400, Märktenstädt 200.

b) Für Kalender.

Lübzengen (Reich) A. 12,50, Günsborn 12,50, Neuengamme 7,50, Schneberg 25, End 10, Rosenthalerstr. 1, Steinach 20, Gr.-Mühldorf 7,50, Gr.-Westen 10, Neuburg 15, Bayreuth 25, Wolfenbüttel 25, Stein 25, Weidenhausen 5, Münden 25, Hildesheim 250, Nordenham 240, Deutsch-Lissa 611,89, Posen 272,99, Lauf 271,18, Landshut 40, Gundels 251,80, Coburg 949,76, Hettstedt 147, Alfeld 67,28, Trittau 66,08, Droyes 8,04, Schöppenstedt 6,12, Gladbach 3,12, Osnahide 800, Gera 800, Bremenhaven 675, Ruhrtal-Bed 800, Bittau 500, Karlsruhe 500, Jena 400, Märktenstädt 200.

c) Für Futterale.

Gelenk A. 3, Geding 1, Gr.-Ziegenort 1, Freyhan 7,50, Obernig 8, Cassel 10, Schwartzenberg 5.

d) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Köln.

Weschen A. 1, Golbat 1, Steinach 1, Bruchmühl 4, Weidenhausen 3, Cassel 81, Gr.-Mühldorf 1, Deutsch-Lissa 9.

e) Statistik und Tarifverträge.

Steinach, Bruchmühl, Gr.-Mühldorf, Freyhan, Kattowitz je 5,-

f) Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission.

Steinach, Genthin, Schmied, Bruchmühl, Bayreuth, Wölfs, Kattowitz, Gr.-Mühldorf, Alfeld, Stadtilm je 70,-

g) Grundsteinclub.

Cassel 4.

h) Arbeit und Kultur.

Düsseldorf A. 8,40, Bayreuth 7,50.

i) Mahnwörter.

Steinach A. 2,50, Bruchmühl 5, Freyhan 5, Osterburg 5, Bayreuth 5, Kattowitz 10.

Berichtigung. In Nr. 44 des „Grundstein“ für Beiträge und Eintrittsgelder, Zeile 55, muß es heißen statt Gieger 418,46: Sieger 418,46.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder alter Zweigvereine, die in vorher Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworben ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Alfred Röder, Bunden (Verb.-Nr. 107 699), Joh. Peine-Essen (15 533), H. Kofler-Essen (125 948), Wiss. Stahl-Essen (216 832), Karl Rohde-Berlin (281 224), Fritz Löbel-Dortmund (449 888), Joh. Drabesch-Zwickau (478 744), Paul Schäfer-Spremberg (439 961), Joh. Hollmann-Schwäbisch Gmünd (553 713), Balth. Stadtkuhrt (335 607), Gott. Hermanns-Neuhausen (373 821), Fritz Hüter-Schwarzenfeld (155 643), Herm. Laube-Oberhauen (184 207), Max Rauchbach-Naumburg (89 167), Franz Ebin-Mag (408 999), Willi. Höhne-Großhennig (379 959), Hans Mohr-Demmin (342 148), Otto Lüttner-Ludwig (440 071), Peter Löher-Görlitz (281 479), Willi. Graefen-Görlitz (308 727), Joh. Reimers-Kiel (33 808), St. Schwann-Polen (474 946), H. Meyerling-Essen (347 654), Willi. Zeppe-Düsseldorf (392 703), Ernst Gerlich-Neustadt (237 184), Peter Salomon-Frankfurt a. M. (191 246), Max Helbig-Dresden (438 298), H. Knoblauch-Dresden (145 089), Ernst Stolz-Dresden (144 505), H. Möller-Ulma (449 840), Ant. Auel-Hannover (391 147), Hermann Köhl-Hannover (382 480), H. Buschmann-Oberburg in Cr. (137 935), Franz Gussaroffkow (354 886), Joh. Friedrich-Stuttgart (389 938).

Gefunden wurde eine Briefstrophe mit Militärpost und anderen Papieren, auf den Namen Karl Küpper aus Weißlauten. Abzuhören auf dem Verbandsbüro Berne, Monte-Carlostraße 22.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Frankfurt: Franz Heiland (67 430), Fritz Wipper (67 167), Eduard Blöber (118 743), Rudolf Baute (67 187), Karl Schmidt (67 832), Heinrich Steine (67 884), Fritz Huber (258 878), Albert Schmidt (118 971), Johann Witsch (253 304), Ottmar Sauer (405 246), Ludwig Göpfert (67 200), Lorenz Haase (67 233), Willi. Rothe (118 789), Hermann Wallroth (67 232), Ferdinand Heiland (67 152), Christian Wädel (253 037), Karl Wädel (118 895), Richard Höpp (118 742), Heinrich Schauburg (253 434), Ludwig Berf. (253 511), Arno Federwisch (67 257), Friedr. Wiegand (67 302), Fritz Döring (67 251), Hugo Trefflich (67 185), August Bormann (67 180), Emil Henkel (253 671), Alfred Böhmer (253 566), Adam Beate (405 383), Albert Schuckhardt (118 637), Louis Fiederspil (118 648), Julius Flemming (253 276), Otto Schulz (67 194), Louis Weilenborn (67 139), Fritz Sege (253 254), Wilhelm Conrad (164 581), Reinhold Schmidt (118 787), Julius Thiele (67 273), Georg Zimmermann (67 127), Karl Matthes (405 435), Otto Höfler (71 039), Johann Müller (67 498), Hermann Stochaus (67 148), Ernst Lengfeld (67 271), Theodor Hempel (123 753), Hermann Drinnan (113 672), Richard Müller (67 280), Karl Schmidt (113 91), Liborius Daum (253 373), Karl Stochaus (67 817), Otto Herold (67 296), Hermann Vogel (67 254), Hermann Dünnbeil (67 170), Bernhard Schell (67 128), Herm. Blumenstein (67 450), Ernst Lorenz (253 089), Ernst Waldbauer (405 339), Ernst König (113 774), Alwin Gewalt (67 329), Adolf Müller (67 192), Karl Albert Müller (67 209), Karl Höde (118 999), Edmund Buse (118 825), Heinrich Buse (67 256), Albert Hartlieb (253 066), Eduard Schmidt (67 404), Oskar Haußburg (118 831), Ernst Gries (253 357), Martin Rachel (113 732), Otto Gerlich (67 455), Goswin Engel (253 594), Edwin Engel (253 349), Oskar Mühlbach (118 623), Oskar Müller (113 814), August Bube (253 192), Karl Matz (253 461), Karl Bärmöll (253 140), Otto Ballwöhl (405 274), Otto Schwarzenberg (253 170), Otto Blas (67 214), Karl Wiss (253 471), Robert Schmidt (67 343), Arthur Weinreich (422 987), Karl Stammler (253 515), Hugo Geisler (67 382), Wilhelm Raabgrund (123 773); Caputh: Friedrich Moritz (258 329); Frankfurt-Höchstädt a. m.: Karl Sattler (191 579), Heinrich Steinen (273 258); Chemnitz: Emil Zeitig (249 166); Magdeburg: Otto Glaser (406 254); Lübeck: Ernst Neumann (356 506), Herm. Richter (84 271), Wilhelm Lehmann (356 509); Stettin: Franz Gimmat (46 061); Wölfenbüttel: H. Helmels (108 843).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufschluss, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Hamm: Otto Schulze, geb. am 30. Oktober 1888 zu Nohrau, Max Voigt, geboren am 1. Oktober 1888 zu Eisenberg (Verb.-Nr. 404 016); Hamburg: A. R. Dick, geb. am 19. März 1888 zu Hamburg (381 381); Lübeck: W. Witsch, geb. am 18. Juli 1888 zu Hamburg (385 489); Dresden: Georg Winter, geb. am 10. März 1884 zu Bremen (427 171).

Kollegen, denen der Aufenthalt der benannten bekannt ist, werden erachtet, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Berichtigung. Der von Jena gesuchte Kollege Oskar Herzog ist nicht am 7. Januar 1870, sondern am 9. Januar 1890 zu Wellenbüttel geboren.
Der Verbandsvorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Kommissionen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags vorgenommen werden für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, dass Gestaltungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Das Ergebnis der Urabstimmung im Stukkatenverband

Über den Anschluss an unsere Organisation wird denen eine schwerliche Enttäuschung bringen, die den Zusammenschluss der baugewerblichen Arbeiterorganisationen für notwendig halten. Von den 7093 stimmberechtigten Mitgliedern stimmten insgesamt 6612. Davon waren für den

Anschluss 2127, dagegen aber mehr als doppelt soviel: 4434; 51 Stimmen waren ungültig. Von den großen Baustellen, Berlin, Hamburg, Nürnberg, Düsseldorf, hatte keine eine Mehrheit für den Anschluss. Im Ruhrgebiet dagegen haben sich alle bedeutenderen Orte dafür erklärt, zum Teil mit großer Mehrheiten. Diese geben aber nicht den Ausdruck.

Damit ist diese Frage auf absehbare Zeit erledigt; denn man darf kaum hoffen, daß sich die Ansichten unter den Stukkateuren so sehr wandeln werden. Im übrigen aber wollen wir nicht verhehlen, daß unseres Erachtens nicht eine reise und festgebrückte Überzeugung, sondern ein eingeräumter und eignungsmäßiger Kompromiß, ein gewöhnlicher Particularismus, zu diesem Resultat geführt hat.

Zur gewerkschaftlichen Einigung. Es gewinnt den Anschein, als ob es jetzt endlich zu einer Einigung mit den lokalistischen Gewerkschaften kommen sollte. Bei den Zimmermännern dürfte sich die Käufe entschieden. In der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands geht die Frage nun ebenfalls ihrer Lösung entgegen. Im Ortsverein Berlin ist folgende Resolution angenommen worden:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem jeweiligen Stand der Einigungsüberprüfung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, die die Zusammenführung der Gewerkschaften beabsichtigt, und erklärt analog den Beschlüssen des 6. Kongresses und der 12. Konferenz für eine Einigung der deutschen Maurer zu sein. Sie ist mit der vorläufigen Antwort der Geschäftsleitung, die dem Parteivorstand und der Geschäftskommission gegeben wurde, einverstanden und erwartet von der Geschäftsleitung, falls es zu Verhandlungen kommen sollte, daß sie daran teilnimmt, dabei den wahren Charakter der Organisation zur Geltung zu bringen verfügt und dahin willkt, daß den verschiedenen örtlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird.

Die Geschäftsführung ist jedoch nicht befugt, über die Mitglieder hinweg bindende Abmachungen mit dem Zentralverbande zu treffen; sie hat vielmehr das Recht, etwaige Einigungsverhandlungen den Ortsvereinen auf einer zu diesem Zweck einguberufenen Konferenz zur Entscheidung vorzulegen. Diese Resolution hat nur dann für die gesamte Vereinigung Gültigkeit, wenn die Mehrzahl des Zweigvereins im selben Sinne beschließt. Nur in diesem Falle ist der Geschäftskommission und dem Parteivorstande mitzuteilen, daß die freie Vereinigung der Maurer Deutschlands zu Verhandlungen bereit sei.

Sieht die Mehrzahl der Ortsvereine auf einem gegenseitigen Standpunkt, so sind die Verhandlungen zwecks Einigung der Gewerkschaften als endgültig erledigt zu erachten.

Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit berichtet die Geschäftsführung in Nr. 44 der „Einigkeit“, daß folgende Ortsvereine der Resolution zugestimmt haben: Borsdorf, Berlin, Bernau, Biesenthal, Breslau, Gräbendorf, Friedrichshagen, Grüneberg, Haffelsfelde, Herzfelde, Freienwalde, Jüterbog, Königsberg, Gr. Lübarsfelde, Liegarten, Meiersberg, Rauen, Regenwalde, Rüdersdorf, Straßburg, Spandau, Schönwalde und Wernigerode.

Ablehnt ist die Resolution von Bagel, München und Düsseldorf.

Die Einigungsverhandlungen werden voraussichtlich Ende November stattfinden. Zum 27. und 28. Dezember ist eine Konferenz der Freien Vereinigung nach Berlin einzuberufen, die dann endgültig befehlchen soll.

Chemnitz. Eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung tagte hier Mittwoch, den 23. Oktober. Das Antragen des vorstehenden Kollegen Alexander Sader wurde durch Erheben von den Plänen geachtet. Der Reichstagsgesetzgevner Gustav Noske hielt einen Vortrag über gewerkschaftliche Aussichten. Er schätzte den übertriebenen Luxus der bestreiten Kästen, wie in herrlichen Villen und Palästen von allem möglichen Luxus umgeben, in gesunder Luft wohnen, während die Arbeiter in verrotteten Mietskasernen, wo sie fast noch unerträglich Mieten bezahlen müssen, ihr hämmliches Dasein fristen. Er führte noch an, daß in dümmster Weise auf die Arbeiter eingearbeitet wird, daß sie nur von den Arbeitgeberführern aufgeholt werden, die es nicht wollten, daß die Arbeiter zufrieden sind, und schätzte in begütternder Weise, daß es nichts schöneres und erhabeneres geben kann, als wenn man sein ganzes Einkommen und Drahten daran setzt, die Arbeitgeberhaft aufzufräßen. Er sah noch auf das Kinderschutzes Gesetz, das herausgegeben wurde, weil bei den Mutteraushebungen immer weniger gesunde und kräftige Männer wurden, ferner auf das Kranken- und Invaliditätsgesetz, das herausgegeben wurde, weil man die Unzufriedenheit der Arbeiter fürchtete. Redner kam noch auf die Lebensmittelpreise zu sprechen, die immer höher steigen, und begründete es damit, daß immer mehr Menschen auf den Welt werden, der Boden aber nicht vermehrt werden kann; ferner führte er noch an, daß die gute Geschäftssperiode schon langsam ihrem Ende zugeht und die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Unternehmer die Arbeit herunterdrücken werden. Dann werden die Arbeiter den Nutzen der Tarifverträge kennen lernen. Zudem er noch auf die gelben Gewerkschaftshingebungen hingewiesen, die sich die Unternehmer zu gründen versuchen, um in allen Fällen eine bestimmte Anzahl Streitbrecher zu haben, schloß

er seinen anderthalbstündigen Vortrag. Dem Referenten wurde stürmischer Beifall gezollt. Unter „Gewerkschaftliches“, gab Kollege Gash der Versammlung bekannt, daß er vom 15. November bis 10. Dezember an dem von der Generalversammlung veranstalteten Unterrichtskursus in Berlin teilnehmen werde. Kollege Küng wurde als sein Vertreter gewählt. Der Kollege Seibig aus Harthau wurde auf Antrag des Verbrauchsmannes einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Ein Antrag des Kollegen Wadmann, M. 200, zur Erweiterung der Bibliothek aus der Volksliste zu bewilligen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag des Kollegen Wedert, die Kollegen, die infolge der Lohnbewegung eine Freiheitsstrafe von mehr als vierzehn Tagen zu verbüßen hatten, pro Woche mit M. 5 aus der Volksliste zu unterstellen, wurde ebenfalls angenommen. Nachdem der Vorsteiger die Anwesenden noch aufgefordert hatte, auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete ihren Pflichten nachkommen und agitatorisch tätig zu sein, schloß er die Versammlung.

Duisburg. Samstag, den 19. Oktober, fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Wohlfahrt verfasste die Abrechnung; diese ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M. 4582,56. Die Volksliste hatte eine Einnahme von M. 2386,70, dagegen eine Ausgabe von M. 728,36, mitin Kassenbestand M. 1604,43. Davon sind per Vortrag belegt M. 1215,93. Der Vorsteiger bemängelte bei seinem Bericht, daß ein großer Teil der Kollegen gegenüber den Extrabeiträgen sehr häufig ist. Der Vorsteiger, Kollege Ramin, ergänzte den Bericht dahin, daß die Einnahmen in dem verlorenen Quartal die des dritten Quartals im Vorjahr um M. 149 übersteigen; das wäre ein Beweis dafür, daß die Kollegen sich mehr als bisher der Organisation gewidmet haben. Er ermahnte die Kollegen, in Ambrosius der bevorstehenden Kämpfe ihre ganze Kraft dem Zweigverein zur Verfügung zu stellen, dann könnten wir getroffen Wahlen der Zukunft entgegenleben. Dann hielt Kollege Obermeier aus Eisen seinen Vortrag. In klarer, verständlicher Weise schilderte er das ganze kapitalistische System und seine Wirkung. Die augenblicklich sich im Anfangsstadium befindende Krise, die sich auch im Bauwesen sehr bemerkbar macht, werde von den Unternehmern dazu benutzt, uns zu schädigen; darüber bedürfe es eifriger Agitation, bis der letzte Mann dem Zentralverbande augeführt ist. Reicher Beifall wurde dem Redner zu teilen. Den Kollegen des Zweigvereins möchte wir recht erfreut ins Gewissen reden, besser als bisher die Versammlungen zu bejuden. Gerade in dem Augenblick, wo uns Gefahr droht, in unseren Rechten beschützt zu werden, bedarf es des einmütigen Zusammenhalts sämtlicher Kollegen. Möge jeder Kollege dieses beweisen!

Erfurt. Donnerstag, den 24. Oktober, fand die von 450 Kollegen belegte dritte Generalversammlung des Zweigvereins statt. Der Vorsteiger verfasste zuerst die Abrechnung von unserem diesjährigen Volksambiente. Die Einnahme und Ausgabe stellten sich auf M. 135 491,43. Es wurden ausgegeben für Streitunterstützung M. 119 519,34, für Heimunterstützung M. 214,41, und für Wiederaufstellung aus Mitteln der Volksliste M. 11 414,50. Die Rechnung für den Zweigverein ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M. 65 490,90, und für die Volksliste von M. 7231,09. In Extrabeitrag wurden eingeschlossen M. 594,70. Für sämtliche Abrechnungen wurde dem Vorsteiger auf Antrag der Revizoren einstimmig Decharge erteilt. Nunmehr befahlte sich die Versammlung mit der Einführung eines Volksaufschlages. Der Vorsteiger führte dazu aus, daß nur wohl alle Kollegen, die in den letzten Jahren Gegner eines Volksaufschlages waren, durch die Lohnbewegung von ihrer falschen Ansicht befreit seien und wohl nicht wieder fragen würden, zu welchem Zweck Letzterer gesammelt würden. Hätten die Kollegen in der verlorenen Zeit immer nur den Vorschlägen der Leitung in Bezug auf Volksaufschlag zugestimmt, so wäre dies für sie zum größten Vorteile gewesen. Es sei nunmehr unsere Pflicht, diese Fehler ein für allemal zu beheben. Da nun der Kampf an Ende sei, dürfen wir die Hände nicht in den Schoss legen und zusehen, was die Zukunft bringt wird, sondern es müsse mit neuem Eifer daran gearbeitet werden, unter Rücksicht zu scharfen und die Organisation auszubauen, sowie auch dafür Sorge zu tragen, daß die Volksliste, die leer geworden sei, wieder gefüllt werde. Zum Krieg führen gehörte Geld und nochmals Geld, und nur der sei den Stärken, der über die meisten Geldmittel verfügt; deshalb beantragte der Vorstand die Einführung eines Volksaufschlages vor wöchentlich 10 D. zahlbar für das ganze Jahr von der 26. Beitragswoche dieses Jahres an. Über diesen Vorschlag entspannte sich eine rege Diskussion, in der mehrere Redner für einen noch höheren Volksaufschlag eintraten, andererseits wurde aber auch wieder empfohlen, den Antrag des Vorstandes anzunehmen. Nach Schlusse der Debatte wurde der Antrag des Vorstandes dann einstimmig angenommen. Hierauf machte der Vorsteiger die Kollegen auf die Bestimmungen des Statuts § 15 Abs. 8 ganz besonders aufmerksam, da sonst die, die diesen Bestimmungen nicht nachstehen, der Vergünstigungen des § 4 verlustig gingen. Desgleichen sei es dringend notwendig, daß auf allen Bauten wieder Baudelegierte gewählt würden, damit eine Kontrolle der Verbandsbücher vornommen würde. Zu der am ersten Dienstag im November wieder stattfindenden Baudelegiertenstiftung sei außerdem das Erreichen sämtlicher Baudelegierten wegen wichtiger Angelegenheiten dringend notwendig; jeder Bau muß vertreten sein. Hierauf machte ein Kollege darauf aufmerksam, daß eine christliche Gewerkschaft hier im Entstehen begriffen sei, und daß es daher angebracht sei, Vorträge über das Wesen derselben halten zu lassen.

Hamburg. Die Sektion der Plattenarbeiter hielt ihre Mitgliederversammlung am 23. Oktober bei Hilmer ab. Den Bericht der Kommission über Anträge zu der Konferenz der Plattenarbeiter erstattete Weber. Er führte aus, daß die Sektion sich etwa seit drei Jahren mit Anträgen an den Zweigverein beschäftigte, um etwas mehr Selbstständigkeit zu erhalten, was aber immer abgelehnt worden sei. Dies habe selbstverständlich nicht zum Nutzen der Sektion beigetragen. Es sei notwendig, sich die Stellung zu erklären, die zu einer gefundenen Entwicklung der Sektion nötig ist. Es sei nun an der Zeit, die Vorderungen zu

wiederholen und, wenn nötig, Anträge der in nächster Zeit stattfindenden Plattenanfertigungskonferenz zu unterbreiten. Nach lebhafter Debatte wurden sämtliche von der Kommission ausgearbeiteten Anträge angenommen. Sie lauten: Die Sektion der Plattenanfertiger beantragt, daß den Sektionen der Plattenanfertiger diejenigen Bediengeräume verliehen werden, wie solche die Zahlstellen der Zweigvereine besitzen. Hierauf muß insbesondere den Sektionen das Recht zuwenden: 1. Daß ein besonderes Mitgliederberichtsblatt für die Sektion geführt wird. Jedes Mitglied des Zweigvereins, das in einem Spezialgeschäft mit Anstreichen oder Fußbodenlegern beschäftigt ist, muß der Sektion als Mitglied beitreten. Die An- und Abmeldung als Sektionsmitglied erfolgt nach Bestimmungen, die der Zweigverein erlässt. 2. Die Sektion erhält von den statutarisch festgesetzten Wochenbeiträgen 10 vpt. zur Deckung der Unkosten, die bei Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben entstehen. Ein von den Mitgliedern der Sektion gezahlter Zuflussbeitrag, der über die im allgemeinen im Zweigverein bestehende Norm hinausgeht, verbleibt in der Verwaltung der Sektion. 3. Der im Lohntarif für Plattenanfertiger festgelegte Stundenlohn ist gleichzeitig für alle Mitglieder des Zweigvereins maßgebend, soweit sie mit Arbeiten beschäftigt sind, die allgemein als Spezialarbeiten für Plattenanfertiger angesehen werden. Bei Arbeiten von ganz geringem Umfang und kleinen Reparaturarbeiten sind Ausnahmen gestattet. 4. Bei etwaigen Differenzen, die sich aus den Bestimmungen des Lohn- und Arbeitsstarifs resp. dessen Auslegung ergeben, oder bei vorgeliegender Maßregelung, hat die Sektion das Recht, nachdem eine gütliche Vereinbarung mit den Unternehmern nicht möglich war, über einzelne Betriebe die Sperrre zu verhängen. Die nachträgliche Zustimmung des Zweigvereinsvorstandes ist einzuhören. Im anderen Falle hat die Sektionskasse die Kosten der Sperrre selbst zu tragen. 5. Der Ausschluß von Mitgliedern aus der Sektion kann vorläufig erfolgen nach Maßgabe des § 37 b des Verbandsstatuts. Der Beschluß auf Ausschluß bedarf der Bestätigung einer Zweigvereinsversammlung.

Agranomist, O.-Schl. Der Wunsch der Kapitalisten und ihrer Helfer, unsere Organisation in Agranomist zu dauernden, ist trotz lebhaften Bemühen der Herren nicht in Erfüllung gegangen. Mit allerlei Redensarten und Belästigungen arbeite man gegen uns. Aber es war doch umsonst. Selbst der Pfarrer stellte sich als Agitator für die Fachabteilung an die Spitze der uns entgegengestellten Mächte. Es kam auch zur Gründung einer Fachabteilung, und als diese erst da war, mußte auch eine Fahne herbei. Ihre Einweihung war eine große Feier, bei der der Herr Pfarrer sein ganzes Licht leuchtete. Wie groß war die Fachabteilung und wie klein der Zentralverband. Nachher wurden auch Fahnenträger gewählt. Man unterließ es aber, sie zu vereidigen, und darum wurden sie unter und gingen mit der Fahne zum Zentralverband über, zu dem sie übrigens immer gehört hätten. Die Kapitalisten und ihre Helfer, Leute wie Geistliche, sind natürlich sehr mißmutig, daß der leise Bernichtungsbeschluß wieder so schlecht gelungen ist, wie die anderen. Wir aber freuen uns und werden weiter fest und treu zum Zentralverband halten, weil wir wissen, daß nur der unsre Interessen vertreten kann.

Laucha. Den 20. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Bille erstattete zunächst den Kassenbericht, der von den Nebenjahren revidiert und für richtig befunden worden war. Die Abrechnung ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M. 111,30; die Einnahme des Lokalfasse betrug M. 24,66, die Ausgabe M. 7,05, mit hin Kassenbestand M. 17,61. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Bille führte heraus, daß er eine Statistik aufgenommen habe, um einmal konstateren zu können, wieviel Gesellen diesen Sommer hier beschäftigt waren und was für Löhne sie erhalten hätten. Die Statistik ergab folgendes: Beschäftigt waren 47 Gesellen bei drei Unternehmern, davon in Laucha wohnhaft 35, die anderen 12 verteilten sich auf die umliegenden Dörfer; 6 waren auswärts beschäftigt. Stundenlohn erhielt 1 Geselle 24½ h, 1 Geselle 25 h, 1 Geselle 25½ h, 1 Geselle 25 h, 9 Gesellen 20½ h, 13 Gesellen 30 h, 17 Gesellen 31 h, 1 Geselle 32 h, 8 Gesellen 33 h. Die Arbeitszeit betrug elf Stunden. Redner verbreitete sich dann eingehend über die Lohnfrage und forderte zum Schluß die Kollegen auf, kräftig für den Verband zu agieren, damit endlich einmal mit der Mirkwirtschaft gründlich aufgeräumt werde. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kathre, Bille und Murzel. Erst dann wurde eine Lohnkommission gewählt und beauftragt, eine Tarif auszuarbeiten, der dann im Laufe des Winters den Meistern unterbreitet werden soll. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, wonach in den drei Wintermonaten ein Tarifsonderbeitrag von 10 h zu zahlen ist.

Lauenburg a. d. Elbe. Sonntag, den 27. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Die Gewerkschaftsbewegung und ihre kulturelle Bedeutung. Kollege Beck erläuterte in längeren Ausführungen das auf der Tagesordnung stehende Thema und ermahnte die Kollegen, sich immer fest der gewerkschaftlichen wie der politischen Organisation anzuschließen. In "Bersiedlungs" wurde vom Kollegen Beck als Delegierten vom Gewerkschaftsrat berichtet, daß diesen Winter verschiedene Unterhaltungsabende stattfinden werden, z. B. ein Neuter- und ein Laube-Abend. Ferner soll auch noch die Göttinger Theatergesellschaft für einige Abende gewonnen werden.

Leipzig. Am 22. Oktober fand im "Vollthaus" eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Bausfeld sprach über seine Erfahrungen bei der unteren Vermittlungsbörse für Invalidenversicherung. Den Bericht des Agitationsteams erstaute Kollege Busch. Bei der Neuwahl wurden die Kollegen Bujic, Bausfeld und Richter gewählt. Unter innen Berufsgenossenschaften berichtete Kollege Berthold über gesperrte Bauten. Er erfuhr die Kollegen, nicht eher auf einem gesperrten Bau in Arbeit zu treten, bis der rückständige Lohn gezahlt ist. Von einer geringen Majorität wurde noch zum Bauarbeiterkredit eine

Resolution angenommen, die besagt, daß die Kollegen im Prinzip mit der Anstellung eines Arbeitkontrollkurses einverstanden sind, sie tutt seit aber noch nicht für durchführbar leuchten.

Mannheim. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins betrug am Schluß des dritten Quartals 3438, oder 110 weniger als im letzten Quartal. Der größte Teil der freien Kollegen ist abgereist, daher der Rückgang. In Ludwigshafen ist die Baumfertigkeit ziemlich abgestorben, jedoch durch die Bauten der Rheinufer der Mainz ist ein Ausgleich gefunden. In Ditzheim und Frankenthal liegt die Baumfertigkeit völlig daneben. In Worms, Heppenheim und Ladenburg liegt die Sache besser. In Mannheim ist die Baumfertigkeit immer noch günstig; ein Teil unserer Brüder ist in Mannheim Arbeit nehmen. Da diese Kollegen sonst zum Altkredit neigen, so muß mit Bedauern berichtet werden, daß die Altkreditarbeit eine Zunahme erfahren hat und die Mannheimer Kollegen geradezu zum Altkredit animiert wurden. Zur Laufe des zweiten Quartals wurde eine Agitationssitzung zum Kampf gegen die Altkreditarbeit unternommen in der Hoffnung, die Altkreditarbeit zu verhindern. In den Fällen, wo die Kollegen trotzdem einen Altkredit erzielen, haben sie bei einem Beitrage bis zu M. 25 20 vpt. von dem M. 25 übersteigenden Betrag 50 vpt. an die Zentralstelle abzuzahlen. Der Bau-delegierte hofft für die prompte Ablieferung dieser Beiträge. Neben den abgelaufenen Beitrag wird im Mitgliedsbuch quittiert. Kollege Martini stellte den Antrag, den Bevölkerung vom 16. Oktober aufzuheben; der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Die Resolution des Kollegen Schnrich wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Potsdam. Die letzte (wann war die?) Mitgliederversammlung beschäftigte sich zum wiederholten Male mit den Extrabeiträgen, da sie von der Mehrzahl der Mitglieder noch nicht entrichtet worden sind. Vom Vorsitzenden wurde auf die Folgen beim Nichtzahlen des Extrabeitrags aufmerksam gemacht. Wenn auch die größte Zahl der Mitglieder der Ansicht sei, diese Beiträge seien zu Unrecht erhoben, so könnten sie diesmal doch nicht umhin, in den sauren Apfel zu beißen; denn der Standpunkt, auf den die Mehrzahl stelle, ruhig abzuwarten, bis Unannehmlichkeiten eintreten, sei berechtigt. Das einzige sei, bei dem nächsten Verbandsabtage die Augen besser zu öffnen und für annehmbare Anträge einzutreten. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab folgendes Bild: Hauptkasse: Einnahme M. 4428,05, Ausgabe M. 4406,27; Kassenbestand M. 21,78. Lokalfasse: Einnahme M. 4278,88, Ausgabe M. 782,95; Kassenbestand M. 3495,93. Es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Über eine vor kurzem vorgenommene Revision der Bauten wurde berichtet, daß noch ziemlich viele Mietstände bestehen. Am schlimmsten waren die Verhältnisse bei einem Staatssbau (Glendale Brücke). Deshalb waren Baubude und Abort unter aller Würde. Man sieht, wie Vater Staat für seine Arbeiter sorgt.

Quersdorf. Am 20. Oktober (Und jetzt erst! Bericht? Ned. des "Grundstein") hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ebenso wie die vorhergehenden sehr schlecht besucht war. Es waren von 180 Mitgliedern kaum 15 erschienen. Die Kollegen halten es gar nicht für nötig, Versammlungen zu beschließen, sie ruhen auf den Vorberichten aus, die beim Streitverfahren wurden. Die Kollegen wurden daran erinnert, den Extrabeitrag zu entrichten, wenn sie ihrer Rechte nicht verlustig geworden wollten. Die vorgelegte Abrechnung vom dritten Quartal ergab einen Kassenbestand von M. 149.

Senftenberg. Hier herrschte momentan eine außerordentlich gute Baujunkitur. Die Kohleknaggen, die schon ziemlich den ganzen Boden in der Umgebung angekauft haben, vergrößern von Jahr zu Jahr ihre Betriebe. Hauptfachlich ist es die Eis-Altengegenwärt, die größte in diesem Jahr. Es ist also hier auf Jahre hinaus sichere Arbeit für die hiesigen Maurer vorhanden. Am Orte selbst gibt es sehr wenige Maurer, so daß Hunderte von außerhalb hier Beschäftigung finden und in Arbeit stehen. Dieses ist gerade jetzt zu konstatieren. Die Firma Hubert & Ullrich aus Finsterwalde, die zur Zeit größere Familienhäuser in Arbeit hat, sucht in allen hiesigen Lokalblättern Maurer; sie annoncieren sogar in Berliner Zeitungen. Daß da mitunter Maurer hierher kommen, die auf dem niedrigsten Niveau stehen, ist begreiflich. Streikbrecher, Altkreditmauer, Unorganisierte, von Verband Ausschließende u. v. m. Es ist also hier auf Jahre hinaus sichere Arbeit für die hiesigen Maurer vorhanden. Der Zweigverein vorstand hat in den letzten Wochen volllauf Arbeit gehabt, alles in Ordnung zu halten. Am letzten Montag waren hier mehrere Maurer, die sich nicht bewußten, der Organisation beizutreten, zugestellt. Unsere Kollegen erklärten dem Unternehmer, daß sie mit Unorganisierten nicht zusammenarbeiten und legten auf drei Stunden die Arbeit nieder, bis Remedium geschafft wurde. Der Herr Ullrich nimmt hier einen sehr schroffen Standpunkt ein; er drohte mit Entlassung sämtlicher Maurer. Er glaubt, hier wirtschaften zu können, wie in Finsterwalde, wo er es fertig brachte, die Organisation zu hemmen und gelegentlich einer Verhandlung im Streit 1904 unserem Gauleiter Silberschmidt die Tür zu weisen. Hier sind die Maurer sämtlich organisiert; der Zweigverein zählt jetzt 400 Mitglieder. Da wird sich Herr Ullrich doch bequemen müssen, eine andere Stellung den Kollegen gegenüber einzunehmen. Wir haben schon durch den "Grundstein" versucht, Verbandskollegen hier unterzubringen. Wer also von den Kollegen arbeitslos sein sollte, sie doch auf freien Stellen, damit es dem Geliebten nicht möglich ist, sich hier einzunisten. Der Stundenlohn beträgt 43 h. Am 1. April nächsten Jahres läuft unser Vertrag ab, und wir stehen sodann vor einer neuen Lohnbewegung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer in Gemeinschaft mit den Kohlenbaronen, denen es gelungen ist, den Bergarbeiterstreit tot zu machen, versuchen werden, unsere gute Organisation zu unterdrücken. Wenn die Kollegen jedoch zahlreich die Versammlungen besuchen und auf der Wacht sind, werden sie auch allen etwaigen Kämpfen gegenüber gerüstet sein.

Blanken i. B. Mittwoch, den 23. Oktober, tagte hier eine außerordentliche öffentliche Maurerversammlung, die trog aller Agitation ein regt interessielos Bild zeigte. Die Tagesordnung lautete: Abänderung des in der Maurerversammlung vom 16. Oktober geschaffenen Vertrags, betreffend Ausschluß der in Altkredit arbeitenden Kollegen. Kollege Schnrich führte aus, daß die Altkreditarbeit durch die Bauten der Kollegen zu groß sei. Kollege Schnrich befragt schließlich nach längeren Ausführungen folgende Resolution: "Die am 23. Oktober tagende Versammlung

erkennt an, daß die Altkreditarbeit mehr als jede andere Lohnarbeit dazu angreift, die Vergedung der Arbeitskraft zu fördern, sowie die Solidarität der Arbeiter zu zerstören. Um die Überbaudisziplin der Altkreditarbeit zu hindern, erklärt die Versammlung, daß die Kollegen auf alle Fälle die Annahme der Altkreditarbeit verzweifeln müssen. In den Fällen, wo Gefahr besteht, daß bei Nichtannahme der Altkreditarbeit unsere Kollegen durch indifferente Maurer verdrängt werden könnten, kann mit vorheriger Genehmigung der Verwaltung Altkreditarbeit ausgeführt werden. Die Versammlung erklärt jedoch, daß die Kollegen zunächst darin zu wirken haben, daß eine nachhaltige Verbesserung nicht zu verzeichnen ist. In den Fällen, wo die Kollegen trotzdem einen Altkredit erzielen, haben sie bei einem Beitrage bis zu M. 25 20 vpt. von dem M. 25 übersteigenden Betrag 50 vpt. an die Zentralstelle abzuzahlen. Der Bau-delegierte hofft für die prompte Ablieferung dieser Beiträge. Neben den abgelaufenen Beitrag wird im Mitgliedsbuch quittiert. Kollege Martini stellte den Antrag, den Bevölkerung vom 16. Oktober aufzuheben; der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Die Resolution des Kollegen Schnrich wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Blanken i. B. Sonntag, den 27. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung in der "Feuerfuge". Bewor in die Tagesordnung eingetragen wurde, erfuhr der Vertrauensmann die Kollegen, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen

Franz Pfeifer von ihren Plänen zu erheben. Hierauf verfasste der Kollege Brüdner die Quartalsabrechnung. Die Einnahme für die Hauptklasse betrug M. 1836,80, die Ausgabe M. 964,94. M. 871,86 wurden abgezehnt. Die Einnahme der Lotosklasse betrug M. 710,64, die Ausgabe M. 265,02. Bestand M. 445,62, wovon M. 400 bei den städtischen Sparklasse belagten wurden. Kollege Würlicher berichtete als Revisor, daß bei der letzten Revision alles in bester Ordnung war; er stellte den Antrag, dem Kassierer Erlaßtung zu ertheilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Den Kartellsbericht erstattete Kollege Trommer, worin auf den am 28. Oktober 1907 stattfindenden Vortrag von der Krankenkasse aus aufmerksam gemacht wurde. Verschiedene eingegangene Schriften wurden den Kollegen zur Ansicht vorgelegt und empfohlen. Dann wurde der schlechte Verhandlungsbefehl vom Kollegen Seidel kritisiert. Es ist aber auch ein Trauerspiel, wenn von annähernd 300 Kollegern ganze 30 in der Versammlung fehlen. Wenn man dann tags darauf den einen oder den anderen auf seine Saumfreiheit aufmerksam macht, dann hatte jeder das Recht, sich zu tun, was aber nur Leere Aufrüben sind. Darum Kollegen, befiehlt die Versammlungen besser, damit Ihr mit allem vertraut seid, was im Zentralverband der Maurer Deutschlands und in dem Lager der Unternehmer vorgeht. Dann wird auch die Bezahlung der Extrabeiträge leichter fallen.

Wurzen. Eine stark besuchte öffentliche Maurerversammlung tagt hier Mittwoch, den 28. Oktober. Es wurde einstimmig der Besluß gefaßt den Beitrag vom 1. März nächsten Jahres von 5 auf 8 aufzuwerten. Hierauf berichtete Kollege Hoffmann über das verflossene Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptklasse bilanzieren mit M. 1717,85. Der Bestand der Lotosklasse beträgt M. 767,04. Die Mitgliedszahl ist 187. Die Revisoren konstatierten, daß sie die Abrechnung und Kasse geprüft und alles in bester Ordnung befunden hätten. Sodann wurden die Abrechnungen vom Sommer- und Herbstvergnügen erstattet. Auch diese Abrechnungen sind geprüft worden. Es wurde nunmehr zur Wahl eines Vertretungsmannes geschritten, der Kollege Hoffmann Wurzen verläßt. Kollege Abicht wurde einstimmig als solcher gewählt. Mitgeteilt wurde ferner, daß den Werkmeister, sowie die Zeitungsspolartage Kollege Andrá, Unter der Tanne Nr. 2, übernimmt, womit die Versammlung ebenfalls einverstanden war. Als Delegierte ins Gewerkschaftsrat wurden die Kollegen Abicht und Thomas gewählt, während als Beisitzer am den Unterrichtsstunden die Kollegen Abicht, Petersohn, Horn und Robert Benzig bestimmt wurden. Unter "Verschiedenes" kritisierte Hoffmann die manchmalige Auskündigung des Verbandsbüchens zur Kontrolle. Kollege Döbler wurde wieder als Mitglied des Verbandes aufgenommen, nachdem er vorhergegangen war, daß er nicht wieder gegen die Statuten verstößen werde. Mit der Mahnung, recht tüchtig für den Verband zu agitieren und die Abdisidenten aufzufüllen, fand die Versammlung ihr Ende.

Zwickau. Hier tagte am 22. Oktober eine gut besuchte Maurerversammlung, in der der Verbrauchsmann den Bericht vor der letzten Vorstandssitzung den Kollegen unterbreitete. Es handelt sich um die Mainzer Kollegen, die zum größten Teil in Zwickau arbeiten, sich aber weitern, den in Zwickau beschäftigten Lotosklassebeitrag zu zahlen. Weiter wurde bekannt gegeben, daß es einige Kollegen wagten, in Alford zu mauen. Es wurde beschlossen, den Kollegen zu vergeben, da es der erste Fall ist. Bei nochmaliger Unterredung wurde der Ausfallstraf angedroht. Gleichzeitig wurden die Kollegen aufgefordert, die einstündige Mittagspause strikt einzuhalten. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über Schuhbrüßen und über Baubudenöden.

Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 27. Oktober bis 2. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig M. 600, Leipzig 200, Scharnberg 200, Eisenach an der Ahr 200, Brenden 150, Lichtenwalde 150, Segeberg 150, Düben a. d. Mulde 120, Ertuer 100, Groß-Wölfers 100, Weßlar 100, Jordan-Paradies 100, Schönhausen a. d. Elbe 83,44, Weferingen 80, Hauseber 50, Summa M. 2383,44.

Buchführer ergeben: Karlsruhe 100, Baden 200, Oberau 100, Würzburg 100, Nürnberg 100, Heidelberg 100, Eberfeld 100, Westerhaußen a. Harz 40, Summa M. 470,40.

Altona, den 2. November 1907.

Karl Neiß, Hauptfassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsunfälle, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterstellt nie, von Unfällen, Baustützen, überhaupt von allen wichtigen Vorlourneien auf den Bauten schulistica einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Düsseldorf. Am 28. Oktober ereignete sich auf dem Ausstellungsgelände an dem von der Firma Heinrich Winn aus Gießen nach oberhessischer Bauart ausgeführten Neubau ein Gerüstbruch, der, wenn nicht Glück im Unglück mitgeprallt hätte, wiederum drei Menschenleben hätte kosten können. Der Neubau liegt in der ersten Etage, die Höhe des Gerüstes, in der das Unglück passierte, liegt ungefähr 8 m über der Erde. Das Gerüst, auf dem schwere Hausteine verfestigt werden, und das mit ungefähr 12 bis 15 Bentiner schweren Steinen beladen war, hatte keine Absicherung, obwohl sie vorgeschrieben ist. Der Stiel hatte eine Stärke von 10 bis 15 cm, so daß man ruhig sagen kann, jeder größere Stiel, den das Gerüst erlitt, mußte es mitamt seiner Belastung in die Tiefe reißen. Und so kam es auch. Als der Taglöchner einen Stiel Wörter in die Wörterblüte abschaffte, brach das ganze Gerüst und alles, was sich darauf be-

fand, stürzte in die Tiefe. Die auf dem Gerüst arbeitenden zwei Maurer sowie ein Taglöchner kamen unter die schweren Steine zu liegen, so daß sie erst nach 10 Minuten unter den Trümmer herausgeschafft werden konnten, um in das städtische Krankenhaus überführt zu werden. Die zwei Maurer erlitten schwere Verletzungen, wogegen die des Taglöchners nicht erheblich zu sein scheinen, jedenfalls wird er über eine Zeitlang seiner Arbeit nicht nachgehen können. Es muß hier nun, die Frage aufgeworfen werden: Köngt nicht auch unsere Baupolizei ein Stück Schuldb an dem Unglück? Diese Frage muß von jedem Fachmann bejaht werden, denn der ganze Gerüstbau an dem Neubau ist ein Höhepunkt unserer baupolizeilichen Bestimmungen. Die ganzen Ständer stehen mehr als 2,50 m auseinander und kein Durchgangshaken habe abgefeist. Die "Schuhblätter" ist menschenunwürdig, kein Orden vorhenden, obwohl am 15. Oktober einer da sein soll. Der Verbandsfahnen müßte bei dem Unglück erst gefeuht werden; man war gezwungen, den der nächsten Baustelle einen zu holen. Alle diese Missstände hat unsere Baupolizei nicht gesehen? Die Organisationsleitung der Maurer hatte dies erst vor zehn Tagen gesadelt, selbst der eine Maurer soll gestern den Herrn darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Stiel abgefeist werden müßte, aber vergebens, die Unternehmer benötigen die jährlige Zettel dazu, um drauf los zu schaffen. Arbeiterschutz mit menschenwürdigen Baubütteln ist Nebensache. Verlangt der Arbeiter sein Recht, so heißt es im Herrenfahne: "Wir haben das Gnadenbrot, wenn es Ihnen nicht gefällt, dann können Sie sie haben", und dergleichen Siebenwürdigkeiten mehr. Die Bauarbeiterchaft verlangt schon seit Jahren eine bessere Ausgestaltung der baupolizeilichen Bestimmungen und eine Mittelbestimmung der Arbeit, die praktisch im Berufe tägt sind, aber vergebens warten sie auf die Erfüllung ihrer Wünsche; solange sie aber nicht erfüllt werden, ist es Aufgabe der Behörden, dafür zu sorgen, daß auch im Bauwesen menschenwürdige Zustände geschaffen werden.

Essen. Schwieres Bauunglück. Am 22. Oktober ereignete sich am Neubau der Drittfabrik auf die "Elfie" ein schweres Unglück. Die Montiere waren mit dem Aufrichten des eisernen Dachfußes beschäftigt. Die Arbeit war bald vollendet, als beim Zusammensetzen des leichten Dachbinders, wie behauptet wird, durch die Schuh eines Arbeiters, der gegen das Dachstuhl in sich zusammenstürzte, Arbeit, Maurerwerk, alles mit sich reißend. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt, einer starb zwei Stunden nach dem Unglück. Die abstürzenden Maurerstücke gruben sich tief ins Erdreich ein; so groß war die Wucht des Falles. Ein Glücks war, daß unsere Kollegen an anderer Stelle beschäftigt waren, sonst wäre das Unglück größer gewesen. Der Arbeiter, der angeblich die Schuh trug, ist seinen Verlegerungen erlegen; die wahre Ursache des Zusammenbruches wird daher wohl nicht aufgelistet werden. Der Göte "Profit" hat ein Opfer mehr. Unseren Kollegen muß dies als Warnung und Ansporn dienen, daß sie sich mehr um den Bauarbeiterfachschul lernen.

Gladbeck. Erst in Nr. 44 haben wir über einige Unglücksfälle berichtet; jetzt sehen wir uns wieder dazu genötigt. Gladbeck will Stadt werden; um aber auch zu einer gewissen Berühmtheit zu gelangen, verachtet man es mit Bauunfällen. Wenn das so weiter geht, werden wir bald den Ruf in Deutschland haben. Am 29. Oktober ereignete sich an einem der Koloniebauten der Betriebsvereinigte Gladbeck, die die Firma Hafenn & Bambeck ausführt, Steinerei gerichtet werden. Zu diesem Zweck hatte man aber keine Werkgerüste erbaut, wie es sonst üblich ist, sondern es wurde einfach eine Leiter an die Mauer gelehnt, ein gespaltenes Gerüstbrett als Sprunge an eine Sprosse festgenagelt, und die Arbeit begann. Wie vorauszusehen war, trat plötzlich die Katastrophe ein: die Leiterabsatzung gab nach. Durch diesen unverhofften Schwung stürzten drei Kollegen in die Tiefe, während zwei mit dem Schreden davonkamen. Der Kollege Sturm erlitt erhebliche Verletzungen, so daß er nach dem heutigen Krankenhaus überführt werden mußte. Bemerk't jetz hierbei noch, daß der Bauleiter jed. Begleitung nach dem Krankenhaus versagte und sich erst auf dringendes Verlangen der Kollegen dazu versehnen konnte. Häften die dort beschäftigten Kollegen nach dem Grundschuß: Alle für einen und einer für alle gehandelt, dann hätte dies Unglück vermieden werden können. Bei genannter Firma ereignete sich noch ein zweiter Unglücksfall. In dem Bau des Blaibachenhändlers Gladbeck am 2. November der dort beschäftigte Polier ab; auch er zog sich schwere Kopfverletzungen zu. West bei diesem Unfall die Schuh bejammern ist, muß erzt noch untersucht werden. Ein gewisser unmenschlicher Geiger von uns behauptet großprechend: Gladbeck, die Hochburg der Christlichen, ist in allen sozialen Fragen voran, auch im Punkte Arbeiterschutz. Wie es aber in Wirklichkeit aussieht, beweisen wieder diese Fälle.

Hörstmar. Zu dem in Nr. 43 gemeldeten Unfall erhalten wir von Herrn Ed. Sotmann, Stadtgeschäft in Dortmund, folgende Berichtigung:

In Nr. 43 Ihres Blattes wird unter der Rubrik "Unfälle" von Hörstmar aus ein Artikel geschrieben, um dessen Richtigstellung wegen der vollständig falschen Angaben ich dringend ersuche.

1. Tatsache ist, daß der Lehrling ein Bandmaß, welches am Tage vorher beim Ausmessen liegen geblieben war, holen sollte. Zum Aufstehen hatte derselbe keinen Auftrag, auch weiß jeder Fachmann, daß zum Gerüstabbrechen wenigstens zwei starke Menschen nötig sind.

2. Der nach Ihrem Artikel so schwer verletzte Maurer, an dessen Aufkommen gestoßen wurde, ist sofort nach dem Unfall ohne fremde Hilfe nach seiner Wohnung, und von da nach dem ½ Stunden entfernt Sonnenbad, dem 26. Oktober, ein neuer. Bei Sonnenbad ist es üblich, die Maurersteine hochzurichten (hochmachen). Mit diesem Hebel sollte Sonnenbad Vormittag wieder begonnen werden. 5–6 m unter dem Parkett-Trägerlage war in einer Höhe von 1½ m über dem Erdboden ein Gerüst angebracht, das zum Aufmauern des wegen fehlender Steine zurückgeliebener Portals diente. Auf dieses Gerüst wurde eine Leiter zur genannten Trägerlage gestellt, und als der vierte Mann die Leiter betrat, brach das Gerüst zusammen. Ein Kollege erlitt erhebliche Verletzungen an den Oberschenkeln.

Sonneberg. Am 18. Oktober stürzte die Überdachung des neuen Güterbahnhofs, der aus Eisenbeton hergestellt war, in demselben Augenblick zusammen, als sich der Polier von ihrer Festigkeit überzeugen wollte. Der Zimmermann, der mit der Ausbildung der Überdachung beschäftigt war, befand sich in dem Augenblick nicht darunter; nur so ist ein größeres Unglück verhindert worden. Der Polier erhielt so schwere Wunden, daß er in das Kreis-Krankenhaus überführt werden mußte.

Tübingen. Zur Stadtvalde hatte der Maurermeister kürzlich einen Ausbau auszuführen, wobei das untere Stockwerk des Hauses fast vollständig abgebrochen wurde. Die Absteifung des Dachgeschosses wurde aber so mangelhaft

übrigens ist uns die Geschichte nicht klar genug, um mehr darüber sagen zu können. Was wir über die Schuldf des Stuttgartermeisters und des Poliers sagst haben, können wir danach nicht aufrecht erhalten.

Tübingen. Am 28. Oktober stürzte am Neubau der Kreisabteilerei, Unternehmer Brennecke, in Mühlendorf ein Teil des Gerüstes zusammen und riss den Unternehmer und drei Kollegen mit in die Tiefe. Zum Glück kamen alle vier Mann, außer leichten Hautabdrücken, mit dem bloßen Schreden davon. Schon einmal hatte die "Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" den Gerüstbau des Unternehmers Brennecke getadelt, weil er allen Schriftschriften höhnisch. Der Revisor der Berufsgenossenschaft mußte extra von Kiel nach Mühlendorf kommen und das Gerüst revidieren. Was sich der Unternehmer Brennecke aber bei der Revision der Genossenschaftschrift deutet, das hat dieser Unternehmer bekräftigt. Die Reihplanten waren mit zwei Nageln an den Standbäumen befestigt, auch waren keine Knaggen unter den Reihplanten angebracht. Eine derartige Schlamperei im Gerüstbau muß vor allen Dingen ausgemerzt werden; deshalb muß es den organisierten Kollegen zur Pflicht gemacht werden, mehr als bisher darauf zu achten; denn hier liegt es offen zu Tage, daß die Gesetze bestimmen und selbst die Revision der Genossenschaft nicht ausreichen, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Darum muß die Arbeiterschaft immer wieder die Forderung erheben: "Bessere Bauarbeiterchefs und Anstellung von Baufontrolleuren aus Arbeiterskreisen".

Leipzig. Es schien, als ob nach unserer Bekanntgabe der Unfälle von diesem Sommer eine Besserung der Verhältnisse eingetreten wäre. Eine zeitlang ging es auch gut, bis sich jetzt gleich wieder drei Unfälle kurz hintereinander ereigneten. Kollege Jäschke stürzte in der vorherigen Woche am Ernst-Hödel-Museum vom ersten Stockwerk herab, an den Folgen liegt er noch frant. In derselben Woche stürzte ein böhmischer Kollege beim Maurermeister Steinmeier, und in dieser Woche der Kollege Klingelstein beim Baumeister Hoffmann vom Bürgersaal auf die Balkenlage, er brach eine Rippe und verletzte sich das Rückgrat, so daß er längere Zeit feiern muß. Bei der jetzt herrschenden guten Konjunktur scheint es, als wenn die Kollegen die Schuhvorschriften nicht in der Weise beachten wie es notwendig ist. An den Kollegen liegt es, jetzt die Gerüste, und besonders die Baububen, unter die Lupe zu nehmen und Abhilfe zu schaffen. Bei schlechter Konjunktur wird es uns nie möglich sein, die Wohlstände zu befeitigen.

Kaiserslautern. Am 23. Oktober ereignete sich am Fabrikneubau der Firma M. Edel ein Unglück, der leicht hätte schlimme Folgen nach Hertigstellung der Kellerhöhe gezeigt werden, hielt es der aus Neustadt a. d. S. hierfür nicht für notwendig, ein dazu geeignetes Gerüst herstellen zu lassen. Es mußten die 12 m langen Träger N. P. 26 frei in der Luft von der Umfassungsmauer auf die in der Mitte des Baues befindlichen Pfeiler transportiert werden. Von Pfeiler liegen Träger N. P. 30, 6 m lang, die als Unterzüge dienen, die Säulenfüßen wegen nicht befestigt werden konnten. Über diese freilegenden Unterzüge ging die Leiste mit den langen Trägern. Es wurde vom Keller aus, so gut es ging, Hilfe geleistet. Bei dieser Gelegenheit ließen gleichzeitig zwei Unterzüge um; sie waren um Handbreite aufgestellt und fielen im Keller befindende Handlanger gefallen. Dafür hatte der Polier nur einige Schimpfwörter übrig. Statt sich diesen Vorfall vor Leute dienen zu lassen, daß zu solchen Arbeiten ein Gerüst notwendig sei, wurde weiter gewurstelt. Bald darauf wiederholte sich derselbe Fall. Ein Träger fiel herab und traf den Kollegen Fried. Rabhan jun. auf den Rücken, wobei er zu Fall kam, so daß der Träger nochmals auf die beiden Fußgänger fiel. Der Kollege mußte von Blinde getragen werden. Beim erstenmal ist, daß kurz vorher der städtische Baufontrolleur anwesend war und mit friedlicher Miene ausah, wie die Maurer auf den Trägern herumturnten. Was hierbei aber noch zu verurteilen ist, ist die Gleisgültigkeit der Kollegen selbst; sie müssen endlich einmal begreifen lernen, daß ein wirtschaftlicher Bauarbeiterchefs in ihrem Interesse liegt und den zu verlangen nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht ist.

Ludwigshafen a. Rh. Infolge Fehlritts stürzte am 29. Oktober der Maurer Theobald aus Ingelheim zu 10 m hoch von einem Baum und zog sich schwere Verletzungen zu, die er anderthalb Tagen im Krankenhaus erlitten hat. Der Maurer steht aber noch zu verurteilen ist, ob die Gleisgültigkeit der Kollegen selbst ist; sie müssen endlich einmal begreifen lernen, daß ein wirtschaftlicher Bauarbeiterchefs in ihrem Interesse liegt und den zu verlangen nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht ist.

Niederau. Eine schwere Rüdenverlegung erlitt der Maurer Bräuning aus Schwechingen am 2. November auf dem Bau der Gummiraffinerie, indem ihm ein vorzeitig umfallender Ständer traf. Der Unfall wird von den Arbeitern auf übermäßige Antreiberei des Poliers zurückgeführt.

Quedlinburg. Grauenhafte Zustände herrschen auf den Käfernbauden des Unternehmers Timpe. Zu den vielen Unfällen, bei denen es glücklicherweise immer ohne größeren Schaden abging, gehörte jüngst am letzten Sonnabend, dem 26. Oktober, ein neuer. Bei Timpe ist es üblich, die Maurersteine hochzurichten (hochmachen). Mit diesem Hebel sollte Sonnenbad Vormittag wieder begonnen werden. 5–6 m unter dem Parkett-Trägerlage war in einer Höhe von 1½ m über dem Erdboden ein Gerüst angebracht, das zum Aufmauern des wegen fehlender Steine zurückgeliebener Portals diente. Auf dieses Gerüst wurde eine Leiter zur genannten Trägerlage gestellt, und als der vierte Mann die Leiter betrat, brach das Gerüst zusammen. Ein Kollege erlitt erhebliche Verletzungen an den Oberschenkeln.

Sonneberg. Am 18. Oktober stürzte die Überdachung des neuen Güterbahnhofs, der aus Eisenbeton hergestellt war, in demselben Augenblick zusammen, als sich der Polier von ihrer Festigkeit überzeugen wollte. Der Zimmermann, der mit der Ausbildung der Überdachung beschäftigt war, befand sich in dem Augenblick nicht darunter; nur so ist ein größeres Unglück verhindert worden. Der Polier erhielt so schwere Wunden, daß er in das Kreis-Krankenhaus überführt werden mußte.

Tübingen. Zur Stadtvalde hatte der Maurermeister kürzlich einen Ausbau auszuführen, wobei das untere Stockwerk des Hauses fast vollständig abgebrochen wurde. Die Absteifung des Dachgeschosses wurde aber so mangelhaft

